

# Berichte

2015

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

4

Deutsches Institut für Urbanistik

	<b>Standpunkt</b>		<b>Neue Projekte</b>
2	Lärminderung als strategische kommunale Aufgabe	12	Siedlungsentwicklung in der Stadt
	<b>Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen</b>	13	Demografie und Abfallwirtschaft
4	Nutzungsmischung und soziale Vielfalt im Stadtquartier	13	Umwelt- und Aufenthaltsqualität in der Stadt
5	Rad statt Auto, Einkauf nebenan, Firmenarbeitsplatz statt Homeoffice	14	Lärm- und Klimaschutz durch Tempo 30
6	Stadtgeschichte: Stadt und Jugendkulturen	14	Klimaaktivitäten praxisnah
7	Nutzung von oberflächennaher Geothermie im urbanen Raum	<b>Veranstaltungen und Fortbildung</b>	
8	Wasserwirtschaft: Starkregen und Hitzewellen	15	Veranstaltungsvorschau
9	Klimaschutz: Die neue Kommunalrichtlinie	16	Gewinner des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz 2015“
10	Funktion und Gestaltung von Haupt(verkehrs)straßen mit Schwerpunkt Innenstadt	18	Evaluation und Wirkungsforschung in den Hilfen zur Erziehung
11	Umweltverträglicher Wirtschaftsverkehr in den Städten	19	Umsetzung von Maßnahmen zur Lärminderung
12	Relaunch: Das Fahrradportal im neuen Gewand	<b>Weitere Rubriken</b>	
		20	Difu intern: Abschied und Neubeginn
		21	Neu im Difu-Inter- und -Extranet
		22	Difu aktiv-Ticker
		23	Mediennachlese
		24	Impressum
		25	Bestellschein

# Lärminderung als strategische kommunale Aufgabe



Kathrin Schormüller  
Foto: Jennifer Rumbach

Lärm macht krank. Diese Aussage ist nach dem heutigen Stand der Forschung praktisch unbestritten. Bei einem sehr hohen Schall- druckpegel von rund 120 dB(A) kann es zu einer Schädigung des Innenohrs kommen. Auch bei Dauerbelastungen von 80 bis 85 dB(A) können physische Verletzungen auftreten, doch kommen diese Dezibel-Werte im Alltag nur selten vor. Aber auch Schallpegel, die weit unter den direkt gehörschädigenden liegen, haben negative Auswirkungen. Dauerhafte Lärmbelastung – wie zum Beispiel Verkehrsemissionen – beeinflussen den gesamten Organismus. Dies hat zur Folge, dass das autonome Nervensystem aktiviert wird und der Körper vermehrt Stresshormone wie zum Beispiel Cortisol ausgeschüttet. Die Auswirkungen darauf können vielseitig sein: Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit und Auffälligkeiten im sozialen Verhalten. Die negative Wirkung von Lärm läuft unbewusst ab und tritt auch im Schlaf auf. Doch Lärm ist bei Weitem kein rein gesundheitspolitisches Thema: In Gebieten mit hohen Schallemissionen sind die Mieteinnahmen und Immobilienpreise – und damit nicht zuletzt auch die Steuereinnahmen der Kommunen – niedriger als in ruhigen Gebieten. Dieser Effekt ist bereits ab einem  $L_{DEN}$  (24-Stunden-Pegel) von 45 dB(A) nachweisbar. Wird auf eine Differenzierung nach Schallquelle verzichtet, so liegt der Preisabschlag je Dezibel Lärmzunahme zwischen 0,5 und 1,3 Prozent für Wohnungsmieten und auf einem ähnlichen Niveau für den Wertverlust von Wohngebäuden (ebd.). Hinzu kommt, dass an Hauptverkehrsstraßen die Leerstandsquote in stark wachsenden Gebieten um etwa 0,5 Prozent höher ist als im städtischen Durchschnitt, und in Gebieten mit rückläufiger Nachfrage sogar um 0,7 Prozent (vgl. Heyn/Wilbert/Hein 2013).

## Viel Lärm um nichts?

Europaweit ist jeder Vierte Schallpegeln von mehr als 55 dB(A)  $L_{DEN}$  ausgesetzt. In Deutschland fühlt sich laut einer repräsentativen Umfrage des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes mit Stand 2014 mehr als jeder zweite Bürger von Lärm gestört. Absoluter Spitzenreiter ist dabei der Straßenverkehrslärm mit mehr als 54 Prozent der Befragten. Von Flugverkehrslärm und

Lärmemissionen, die von Industrie- und Gewerbeanlagen ausgehen, fühlen sich jeweils etwas mehr als 20 Prozent und beim Schienenverkehrslärm immerhin noch rund 17 Prozent belästigt oder gestört.

## EU-Pilotverfahren zur Lärmaktionsplanung

Die Europäische Union ist in Sachen Lärm in zweierlei Hinsicht aktiv: Zum einen werden Vorgaben für die Begrenzung produktspezifischer Geräuschemissionen – zum Beispiel für Kraftfahrzeuge – gemacht und zum anderen werden durch die „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm“ (Umgebungslärmrichtlinie) seit 2002 Regelungen über Geräuschemissionen getroffen.

Unter Umgebungslärm im Sinne der Richtlinie wird der Lärm verstanden, der durch Straßen-, Schienen- und Luftverkehr sowie durch Industrie und Gewerbe verursacht wird. Die Richtlinie bezieht sich nicht auf Nachbarschaftslärm, Lärm in Wohnungen und am Arbeitsplatz oder Lärm, der durch Aktivitäten auf Sport- und Freizeitanlagen sowie auf Baustellen entsteht. Hier gelten nach wie vor die Regelungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. In Deutschland betrifft die Richtlinie insgesamt 71 Ballungsräume mit über 24 Millionen Einwohnern, 44.000 Kilometer Hauptverkehrsstraßen, 13.700 Haupt-eisenbahnstrecken und elf Großflughäfen. Für alle mussten bis spätestens zum 30.6.2012 strategische Lärmkarten erstellt werden.

Zusätzlich sollten basierend auf den Ergebnissen der Lärmkarten – bei Bedarf – Aktionspläne ausgearbeitet werden, die Maßnahmen zur Lärminderung und zum Erhalt ruhiger Gebiete festlegen. Die Auslösewerte, ab wann ein Aktionsplan gemacht werden muss, werden von den Ländern festgelegt und reichen von „grundsätzlich für alle lärmkartierten Quellen“ bis hin zu  $L_{DEN} > 70$  dB(A) und  $L_{Night} > 60$  dB(A). Die Lärmaktionspläne waren bis zum 18. Juli 2013 zu erstellen. Mit Stand vom 1.1.2015 haben rund 53 Prozent ( $n = 6.094$ ) aller Kommunen eine Lärmkartierung durchgeführt, nur knapp 19 Prozent ( $n = 1.131$ ) davon haben auch einen Lärmaktions-

plan, der abgeschlossen, in Bearbeitung oder in Prüfung war (Heinrichs/ Hintzsche 2015).

Seit Einführung der Richtlinie ist das Bewusstsein für das Thema Lärm in den Kommunen und in der Bevölkerung gestiegen. Auch die Festlegung von verbindlichen Fristen ist eine deutliche Verbesserung zu der zuvor bestehenden gesetzlichen Grundlage. Doch viele Chancen wurden bei der Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht nicht genutzt. Hier sind insbesondere die recht allgemein gehaltenen Regelungen und der Verzicht auf verbindliche Grenzwerte zu nennen. Die Konsequenz zeigt sich schon jetzt: In Deutschland gibt es viel zu wenige Lärmaktionspläne – das sieht auch die EU so und hat mit einem Schreiben vom 28.7.2015 ein Pilotverfahren (Vorstufe zum Vertragsverletzungsverfahren) eingeleitet. Nicht nur fehlende Lärmaktionspläne werden kritisiert sondern auch fehlende und unvollständige Lärmkarten für Hauptverkehrsstraßen, Haupt-eisenbahnstrecken und Ballungsräume.

### Ein Blick über den Tellerrand

Lärmschutz ist ein Querschnittsthema und bietet vielseitige Möglichkeiten aktiv zu werden. Viele lärm mindernde Maßnahmen wirken sich positiv auf andere kommunale Planungsbereiche aus und umgekehrt. Beispielsweise kann durch eine Absenkung der Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 auf 30 km/h nicht nur der auftretende Lärm reduziert werden – die Maßnahme verbessert auch die Luftreinhaltung, den Klimaschutz und die Verkehrssicherheit. Ein aus Sicht der Stadtplanung sinnvoller Baulückenschluss kann sich ebenfalls positiv auf die Lärmmission der dahinter liegenden Gebäude auswirken. Solche Synergien müssen genutzt und vor allem aktiv gefördert werden – und das geschieht noch viel zu selten.

Ein Lärmaktionsplan sollte inhaltlich in jedem Fall mit der Luftreinhaltungsplanung, einem Klimaschutzkonzept, dem Verkehrsentwicklungsplan, Unfallhäufungspunkten sowie der Stadtentwicklung und Bauleitplänen abgestimmt werden. Häufig werden sich Synergien ergeben – die Planungen erhalten dadurch mehr Gewicht und die Chancen für die Umsetzung von Maßnahmen zur Lärminderung steigen. Stellt schon die Aufstellung eines Aktionsplans in den Kommunen eine Hürde dar, so ist die Umsetzung der Maßnahmen oft eine noch viel größere. Doch auch hier müssen Synergien erschlossen und genutzt werden: Straßenunterhaltung und -neubau sowie die Sanierung der Abwasserkanäle bieten oftmals die Chance Lärminderungsmaßnahmen an bestehende Baumaßnahmen anzuknüpfen. Mit dem Kommunal-

investitionsförderungsgesetz bietet sich für finanzschwache Kommunen bald die Möglichkeit, Lärmschutzmaßnahmen über den Bundeshaushalt fördern zu lassen, doch auch für alle anderen Kommunen bestehen Fördermöglichkeiten, wenn man einen Blick über den Tellerrand wagt: Die Förderung des Umweltverbundes steht in zahlreichen Aktionsplänen und kann beispielsweise über die Nationale Klimaschutzinitiative gefördert werden. Die sogenannte Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums fördert nicht nur Klimaschutzteilkonzepte zum Thema Verkehr und Mobilität, sondern auch die Errichtung verkehrsmittelübergreifender Mobilitätsstationen, die Einrichtung von Wegweisungssystemen für den Radverkehr sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur wie zum Beispiel die Ergänzung vorhandener Wegenetze und die Errichtung von Abstellanlagen. Auch Investitionsprogramme der Stadterneuerung (Soziale Stadt, Stadumbau West/Ost) können für die Umsetzung von Lärminderungsmaßnahmen genutzt werden.

### Potenziale der Lärminderung nutzen

Eine integrierte Betrachtung führt zu nachhaltigen Lösungen, was insbesondere beim Straßenverkehr deutlich wird: Lärminderung, Luftreinhaltung, Klimaschutz, Verkehrssicherheit. Der Verkehr ist der einzige Sektor, in dem die CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 nicht gesunken, sondern sogar gestiegen sind. 95 Prozent der Treibhausgasemissionen im Verkehr verursacht dabei der Straßenverkehr. Gleichzeitig ist er im Innenstadtbereich der größte Emittent von Feinstaub und Lärm. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung dürfen wir auf Dauer nicht nur die Energiewende verfolgen – wir brauchen auch eine Mobilitätswende mit einer signifikanten Veränderung des Modal Split.

Die Lärminderungsplanung ist darüber hinaus ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Lebensqualität und der Attraktivität von Städten. Die Reduzierung von Lärm beeinflusst die Gesundheit der Anwohner, verbessert die ökologischen Bedingungen in der Stadt und wirkt sich positiv auf die ökonomischen und sozialen Gegebenheiten aus.

Aus gutem Grund gibt es Kritikpunkte an der Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie in deutsches Recht. Aber machen wir das Beste daraus: Die Lärmaktionsplanung ist ein strategisches Instrument, das dabei helfen kann, die kommunalen Potenziale der Lärminderung zu identifizieren und auszuschöpfen.

### Quellen und Tipps zum Weiterlesen

- Claßen, Thomas (2013): Lärm macht krank – Gesundheitliche Wirkung von Lärmbelastungen in Städten, in: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): Stadt statt Lärm.
- Umweltbundesamt, Europäische Akademie für städtische Umwelt (Hrsg.) (2008): Silent City. Ein Handbuch zur kommunalen Lärminderung, <http://bit.ly/1MEDTHo>
- Heyn, Timo, Katrin Wilbert und Sebastian Hein (2013): Lärm macht leer – Auswirkungen von Lärmemissionen auf den Immobilienmarkt und die Wohnungswirtschaft, in: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Stadt statt Lärm, Stuttgart.
- European Environment Agency (Hrsg.) (2014): Noise in Europe 2014. EEA Report No. 10/2014, <http://bit.ly/1ysk2Ek>
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2015): Umweltbewusstsein in Deutschland 2014. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, <http://bit.ly/1i6jSib>
- Heinrichs, Eckhart und Matthias Hintzsche (2015): Lärmbilanz 2015 – Stand der Lärmaktionsplanung in Deutschland, in: Lärm bekämpfung 4/2015, S.154–161.
- Schormüller, Kathrin und Nicole Langel (2015): Kommunale Lärmaktionsplanung – Von der Planung zur Aktion. Difu-Papers, <http://bit.ly/1ML1ibX>

Dipl.-Geogr.  
Kathrin Schormüller  
Telefon: 0221/340308-11  
E-Mail: [schormueller@difu.de](mailto:schormueller@difu.de)

# Nutzungsmischung und soziale Vielfalt im Stadtquartier



**Veröffentlichung online:**

<http://bit.ly/1Otmh1S>

**Weitere Informationen:**

Prof. Dipl.-Ing.  
Martin zur Nedden  
Telefon: 030/39001-214  
E-Mail: [zurnedden@difu.de](mailto:zurnedden@difu.de)

Dipl.-Ing. Ricarda Pätzold  
Telefon: 030/39001-190  
E-Mail: [paetzold@difu.de](mailto:paetzold@difu.de)

Prof. Dr. Arno Bunzel  
Telefon: 030/39001-238  
E-Mail: [bunzel@difu.de](mailto:bunzel@difu.de)

Dipl.-Ing.  
Wolf-Christian Strauss  
Telefon: 030/39001-296  
E-Mail: [strauss@difu.de](mailto:strauss@difu.de)

Städtebauliche Leitbilder stehen in fast schon als regelmäßig zu klassifizierenden Intervallen in der Diskussion und zur Disposition, teilweise aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, teilweise infolge neuer Werthaltungen. Ganz ohne Leitbild oder Zukunftsvorstellung kommt Stadtentwicklung aber nicht aus, denn die Bewertung verschiedener städtischer Entwicklungen und ihre zielgerichtete Steuerung bedarf einer inhaltlichen Klammer, eines definierten Referenzrahmens.

Wie jedoch sieht eine „gute“ zeitgenössische Stadt aus und durch welche Eigenschaften ist sie charakterisiert? Unter den möglichen Antworten rangieren – zumindest in den planenden Disziplinen – soziale, aber auch funktionale Heterogenität und Diversität sehr weit oben. Urbane Stadtquartiere sind gemischte Stadtquartiere, keine Enklaven der Besserverdienenden oder Ghettos der sozial Benachteiligten. Die Betonung des Wertes oder der Bedeutung einer Mischung geht mit der Vorstellung eines stadträumlichen Ausdrucks von Gerechtigkeit einher. Diese ist gefährdet, da in vielen Städten Entmischungstendenzen beobachtet werden: Gentrifizierungsdiskurse in wachsenden und soziale Entmischung in schrumpfenden Städten gewinnen an Intensität, Erdgeschosszonen verwaisen, das produzierende Gewerbe hat die Innenstadtquartiere schon lange verlassen. Gleichzeitig bringt die neue Stadtlust aber auch ständig innovative Experimente und Projekte hervor, die auch Mischungsimpulse setzen und Vielfalt neu interpretieren.

Ziel der vom Difu (in Kooperation mit der Bergischen Universität Wuppertal) für das MBWSV erarbeiteten Studie war es, aus der aktuellen Quartiers-Debatte Hinweise und

Anhaltspunkte zu verschiedenen Aspekten zu erhalten: Welche planerischen, städtebaulichen, rechtlichen und sonstigen Handlungsmöglichkeiten gibt es für ein deutliches Mehr an Nutzungs- und sozialer Mischung aktuell, welche Quartiere bedürfen neuer Impulse für „mehr Mischung“ bzw. welche eignen sich besonders dafür, welche Instrumente wurden bereits erprobt und in welchen Handlungsfeldern gibt es Handlungsbedarf für die kommunale Ebene – aber auch für die Landesebene. Die Studienergebnisse beruhen auf umfangreichen Materialrecherchen, einer schriftlichen Befragung nordrhein-westfälischer Kommunen, der Untersuchung von zehn Fallstudien sowie einem Expertenworkshop.

Sowohl die Kommunalbefragung als auch die Fallstudienuntersuchungen zeigten: Mischung und soziale Vielfalt stellen aus kommunaler Perspektive wichtige Leitgedanken der Stadtentwicklung dar. Sie entfalten ihren handlungsleitenden und haltungsformenden Charakter vorwiegend auf der strategischen Ebene, da ein „Herunterbrechen“ auf allgemeingültige „Mischungsformeln“ oder „Mischungsschlüssel“ sich als kaum operationalisierbar und auch nicht als sinnvoll erweist. Eine gute Mischung bedeutet deshalb nicht, dass alles überall sein muss, es geht vielmehr auch um die Zugänglichkeit von Stadtquartieren, um Freiheitsgrade in der Wohnstandortwahl und die Konnektivität der Gesamtstadt.

Bei den im Rahmen der Fallstudien untersuchten Interventionsmöglichkeiten fällt im Bereich der funktionalen Mischung auf, dass sie sich häufig auf Freizeit-, Einzelhandels- und zum Teil auf Gastronomienutzungen fokussieren, weitere „Nutzungsanreicherungen“ (z.B. Gewerbe, Kreativwirtschaft) dagegen vergleichsweise selten auftreten. Interventionen im Bereich der sozialen Mischung zeigen eine räumliche Schwerpunktsetzung vermehrt bei Quartieren mit vielen einkommensschwachen Haushalten. In diesen Gebieten ist die soziale Mischung ein bedeutendes Thema der Stadtplanung. Insgesamt werden die Instrumente aber nur in relativ wenigen Fällen explizit auf die Veränderung der funktionalen oder sozialen Mischung ausgerichtet. Vielmehr wird versucht, die soziale und funktionale Mischung durch städtebauliche und organisatorische Aufwertungsstrategien und -projekte indirekt zu beeinflussen.



Foto: Ricarda Pätzold

# Rad statt Auto, Einkauf nebenan, Firmenarbeitsplatz statt Homeoffice

## Difu befragte im „Wissenschaftsjahr 2015 Zukunftsstadt“ Bürger nach ihrer Vision vom Leben in der Stadt

Mehr als 6000 Menschen aus über tausend verschiedenen Städten und Gemeinden nahmen an einer vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführten Umfrage zu ihrer Vision einer Zukunftsstadt teil. Die Umfrage wurde im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiierten „Wissenschaftsjahres Zukunftsstadt 2015“ schriftlich an Bord der „MS Wissenschaft“ sowie online durchgeführt.

Mit Blick auf das Thema Mobilität schlägt aus Sicht der Antwortenden das Fahrrad im Stadtverkehr alle anderen Fortbewegungsmittel: 47 Prozent und damit nahezu die Hälfte aller Befragten möchte künftig am liebsten mit dem Fahrrad oder Elektro-Fahrrad unterwegs sein. Das eigene Auto und die öffentlichen Verkehrsmittel sind als Fortbewegungsmittel mit je gut einem Fünftel etwa gleich beliebt: 22 Prozent wählten Bus und Bahn, 21 Prozent den eigenen Pkw. 79 Prozent der Antwortenden würden auf innerstädtischen Strecken künftig den sogenannten Umweltverbund – also zu Fuß, per Rad, ÖPNV und Carsharing – präferieren.

Zum Thema Einkaufen gaben 40 Prozent der Antwortenden an, vorrangig in kleinen Läden der direkten Nachbarschaft einkaufen zu wollen – etwa jeder siebte überwiegend online. Dies zeigt eine Diskrepanz zwischen den Angaben der Befragten und dem momentan zu beobachtenden Trend wachsender Verkaufszahlen u.a. im Online-Handel. Diese Diskrepanz zwischen Zukunftswunsch und heutigem Trend ist bei den Erwachsenen deutlich ausgeprägt. Kinder und Jugendliche dagegen wollen in ihrer Zukunftsstadt mehrheitlich in Einkaufszentren oder den Geschäften der Innenstadt einkaufen.

Der gewünschte Arbeitsort war ein weiterer Themenschwerpunkt: Auch wenn das Internet und die technische Entwicklung es zunehmend ermöglichen, im Homeoffice zu arbeiten, so äußerten doch über 70 Prozent der Antwortenden den Wunsch nach einem von zuhause räumlich getrennten Arbeitsplatz.

Mit Blick auf das Thema öffentlicher Grünflächen und Parks betonten über 80 Prozent der Befragten deren aus ihrer Sicht hohen

Rang für die Stadt der Zukunft. Mehr als die Hälfte derer, die sich an der Umfrage beteiligten, erwartet mehr Gärten für die Nahrungsmittelproduktion, was die Diskussion über Urban Gardening widerspiegelt.

Diese und weitere Ergebnisse der Umfrage hat das Difu in einer online abrufbaren Sonderveröffentlichung herausgegeben. Eine Nachfolgeveröffentlichung erscheint im neuen Jahr, wenn die Ergebnisse der qualitativen Auswertung der offenen Frage vorliegen.

### Hintergrund der Umfrage

6612 Menschen aus 1017 Städten und Gemeinden beantworteten die Difu-Umfrage. Die von April bis September 2015 durchgeführte Umfrage war Teil der über 30 Exponate auf dem Ausstellungsschiff „MS Wissenschaft“, das durch 41 Städte in Deutschland und Österreich tourte. Zusätzlich war sie über das Internet aufrufbar. Wie das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung initiierte Wissenschaftsjahr Zukunftsstadt 2015 stand auch die Ausstellung an Bord ganz im Zeichen der Zukunftsstadt. Ziel der nicht repräsentativen Difu-Umfrage war es, ein Stimmungsbild aus der Bevölkerung zu Wünschen und Visionen für die Stadt der Zukunft zu erhalten. In einer Nachfolgeveröffentlichung „Stadt der Zukunft – Tendenzen, Potenziale und Visionen“ werden die Daten vertiefend analysiert und interpretiert, um daraus Anregungen und Hinweise für die Städte abzuleiten.



### Veröffentlichung online:

<http://bit.ly/1RYuifW>

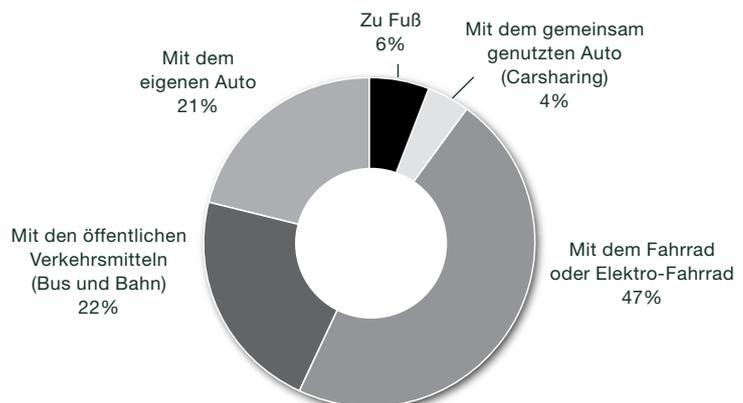
Informationen zur MS Wissenschaft unter: [www.ms-wissenschaft.de/](http://www.ms-wissenschaft.de/)

### Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Jan Walter  
Telefon: 0221-340308-26  
E-Mail: [walter@difu.de](mailto:walter@difu.de)

Marco Peters, M.A.  
Telefon: 0221/340308-27/-12  
E-Mail: [peters@difu.de](mailto:peters@difu.de)

### Wie wünsche ich mir die innerstädtische Mobilität in der Zukunftsstadt?



n=6.454, Keine Antwort=158

Deutsches Institut für Urbanistik



# Stadt und Jugendkulturen



Die neue Ausgabe der „Informationen zur modernen Stadtgeschichte – IMS“ ist dem Themenschwerpunkt „Stadt und Jugendkulturen“ gewidmet. Der Herausgeber Jürgen Reulecke (Gießen) rekapituliert in seiner Einleitung wesentliche Eckpunkte der einschlägigen Historiographie seit Mitte der 1970er-Jahre und identifiziert als Kernfrage für die Auseinandersetzung mit Jugend und Stadt die Frage, wie Jugendliche jeweils in ihrer Adoleszenzphase auf ihren Lebensweg „geschickt“ wurden und welche Rolle dabei das jeweilige räumliche Umfeld spielte. Die sieben Beiträge des Themenschwerpunkts beleuchten ein breites Spektrum von Jugenderfahrungen im 20. Jahrhundert. Dies beginnt mit einer Vergleichsstudie von Wolfgang Hofmann über zwei höhere Schulen in Frankfurt am Main und Spandau im späten Kaiserreich, setzt sich fort über die von Barbara Stambolis untersuchte, lebensweltliche Katholizität von Jugendlichen in der Stadt Paderborn in der ersten Jahrhunderthälfte und die von Sharon Bäcker-Wilke betrachtete Berliner Großstadtjugend in der Weimarer Republik bis zu den von Alfons Kenkmann vorgestellten ‚Edelweißpiraten‘ während des Nationalsozialismus an Rhein und Ruhr. Drei Beiträge widmen sich den besonders jugendbewegten 1960er- bis 1980er-Jahren. Zunächst stellt Bodo Mrozek die innovative sozialpolitische Kampagne ‚Mobilization for Youth‘ im New York der 1960er-Jahre vor. David Templin geht am Beispiel von Wertheim auf die Jugendzentrumsbewegung der frühen 1970er-Jahre und die Aneignungsbemühungen der Jugendlichen für Räume ein. Den Themenschwerpunkt schließt ein Beitrag von Sebastian

Haumann zu Hausbesetzungen und kommunaler Jugendpolitik in Hilden Anfang der 1980er-Jahre ab.

In der nicht themengebundenen Rubrik „Forum“ geht Michael Röhrig am Beispiel der beiden Industriestädte Rüsselsheim und Völklingen auf die Verkehrspolitik und Motorisierung in der Nachkriegszeit (1955-1975) ein. Susanne Raus Beitrag führt den Leser in ‚Imaginierte Räume‘ der frühen Neuzeit: Sie untersucht – verbunden mit Überlegungen zur Nutzung ‚ungeschehener Geschichte‘ in der Geschichtsschreibung von Städten und Stadtplanung – Stadterweiterungsprojekte für die Stadt Lyon in der Mitte des 18. Jahrhunderts.

In der Rubrik „Berichte“ wird unter anderem über das Symposium „Die neue Industriestadt“ in Dortmund sowie über eine Sektion zum Zusammenhang von Urbanisierung und Wissenstransfer in Osteuropa (1880-1914) auf einer Konferenz in Cambridge informiert. Die Abschlusskonferenz eines DFG-Projekts „Wege(n) zur nachhaltigen Entwicklung von Städten“ in Darmstadt wird ebenso vorgestellt wie eine Tagung zu „Authentisierung von StadtLandschaften“ in Erkner bei Berlin. Abschließend wird über zwei Konferenzen der „Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung“ (GSU) berichtet, die auf einer Tagung mit dem DHI Rom über „Cities and Societies in Transition“ den sozialen und politischen Wandel in deutschen und italienischen Städten der 1970er-Jahre und auf einer Nachwuchstagung in Regensburg „Die (Un)Ordnung der Stadt“ diskutierte.

**Weitere Informationen:**  
PD Dr. Christoph Bernhardt  
E-Mail: [bernhardt@irs-net.de](mailto:bernhardt@irs-net.de)

**Bestellung:**  
siehe Bestellschein



Jugendliche mit Skateboards auf Grand Isle, Louisiana (USA), 2008

Foto: Wikimedia commons/  
author: Mark Donoher

# Nutzung von oberflächennaher Geothermie im urbanen Raum

Im Jahr 2015 werden die erneuerbaren Energien einen Anteil von über 30 Prozent im Stromsektor erreichen. In diesem Zusammenhang sollte der Fokus jedoch verstärkt auf den Sektor Wärme gelenkt werden, da knapp die Hälfte der Endenergie für Prozess- und Raumwärme verbraucht wird. Anders als im Stromsektor liegt hier der Anteil der erneuerbaren Energien bei vergleichsweise geringen zehn Prozent.

Mit Blick auf die Wärmeversorgung kann die Geothermie eine wichtige Rolle einnehmen. Bei der oberflächennahen Geothermie wird die Erdwärme als Energiequelle genutzt, wobei Wärme von bis zu 400 m Tiefe genutzt wird. Die Erdwärme hat den Vorteil, dass sie standortunabhängig, uneingeschränkt und permanent zur Verfügung steht. Diese Technologie kann zudem für die Nutzung von Kälte eingesetzt werden.

Bei der Planung und Nutzung der oberflächennahen Geothermie stellen sich jedoch eine Reihe von Fragen, so sind rechtliche, technologische und finanziellen Aspekte gleichermaßen zu beachten. Hinzu treten städtebauliche Belange oder Belange des Bodenschutzes und des Wasserhaushalts. Deshalb sind Kenntnisse zu folgenden Aspekten wichtig:

- Welche Rechtsfragen müssen beachtet werden?
- Welche Erfahrungen liegen in der Genehmigungspraxis vor?
- Welche technischen Optionen stehen zur Verfügung?
- Ist beim Einsatz dieser Technologie zwischen Siedlungsstrukturtypen zu unterscheiden?
- Welche Risiken sind zu beachten?

Mit dem Difu-Impulse Band „Nutzung von oberflächennaher Geothermie im urbanen Raum“ stellen Experten aus Kommunen, Forschung, Landesbehörden und Rechtsanwaltskanzleien wesentliche Erfahrungen aus Theorie und Praxis in gebündelter Form vor. Der Band umfasst neun Textbeiträge und zwei Foliensätze.

Der erste Beitrag des Bandes „Near-Surface Geothermal Energy in Europe – an Overview“ von Maic Verbücheln und David Klepej

vom Difu ordnet das Thema in den europäischen Kontext ein. Der zweite Artikel betrachtet „Genehmigungsanforderungen und nachbarrechtliche Fragestellungen im Zusammenhang mit Geothermieanlagen“ und wurde von Thorsten Lühl beigesteuert, der Rechtsanwalt bei Leineweber Lühl ist. Der Beitrag „Erfahrungen mit oberflächennahen Geothermiesondenanlagen“ von Isabel Wagner von der Technischen Universität Darmstadt zeigt Ergebnisse einer Erhebung bei Eigentümern von oberflächennahen Geothermieanlagen in Wiesbaden und Darmstadt. Im vierten Beitrag wird neben anderen Aspekten vor allem auf die „Nutzung von Geothermiesonden als Energiespeicher – Entwurf und Effektivität“ eingegangen, verfasst von Rolf Katzenbach und Isabel Wagner beide von der Technischen Universität Darmstadt. „Nutzung von oberflächennaher Geothermie im innerstädtischen Raum – am Beispiel des Landes Berlin“ lautet der Beitrag von Marec Wedewardt von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in Berlin. Sandra Pester und Holger Jensen vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Niedersachsen beleuchten in ihrem Artikel die „Entwicklung der Geothermie im urbanen Raum in Niedersachsen“. Der Beitrag „Gebäudeversorgung durch oberflächennahe Geothermie in Stuttgart“ von Jürgen Görres, Leiter des Amtes für Umweltschutz in Stuttgart, betrachtet zunächst allgemein die Anforderungen für den Bau von Geothermieanlagen im Stadtgebiet, wobei am Beispiel der Sanierung eines Altenpflegeheims die Nutzung bei Großgebäuden vorgestellt wird. Eva de Haas vom Umweltministerium in Baden-Württemberg geht in ihrem Artikel auf „Risiken und Chancen für Kommunen bei der oberflächennahe Geothermie“ ein. Der Beitrag „Geysir in Wiesbaden: Lehren aus einem problematischen Vorfall bei der Erdsondenbohrung“ von Joachim Mengden, Leiter des Umweltamts Stadt Wiesbaden, zeigt an einem konkreten Beispiel Risiken der Technologie. Georg Buchholz von der Kanzlei Gaßner, Groth und Siederer & Coll steuerte Folien einer Präsentation mit dem Titel „Oberflächennahe Geothermie: Rechtlicher Rahmen und Genehmigungsanforderungen“ bei.



## Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbücheln  
Telefon: 030/39001-263  
E-Mail: [verbuecheln@difu.de](mailto:verbuecheln@difu.de)

## Bestellung:

siehe Bestellschein

Foto: Maic Verbücheln



# Starkregen und Hitzewellen

## Die Stadt im Klimawandel fordert die kommunale Wasserwirtschaft heraus



Das Klima verändert sich. Extremwetterereignisse wie Stürme, Starkregen und Hochwasser aber auch Hitzeperioden und Trockenheit nehmen in Deutschland zu. Diese Veränderungen stellen eine Herausforderung für die Wasserwirtschaft dar; dies gilt sowohl für die Gewährleistung von Hochwasser-, Bevölkerungs- und Gewässerschutz als auch für eine sichere Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung. Zwar sind die Folgen für die Wasserwirtschaft und die Geschwindigkeit der Veränderung mit großen Unsicherheiten verbunden, doch ist heute unumstritten, dass Anpassungen notwendig sind, um die Leistungsfähigkeit dieser Branche zu erhalten und möglichst zu verbessern.

Bei der Anpassung an den Klimawandel kommt den Städten und Gemeinden eine zentrale Rolle zu. Zum einen sind sie in hohem Maße vom Klimawandel betroffen. Mit ihrer großen Bevölkerungsdichte und ihrem wertvollen Bestand an Gebäuden und Infrastrukturen sind gerade die Städte durch Starkregen, Überflutungen, Hochwasser und Hitze besonders gefährdet. Nicht weniger wichtig für das Wohlergehen der Bevölkerung und eine funktionierende Wirtschaft ist es, Wasserdienstleistungen wie Trinkwasserversorgung, Stadtentwässerung und Abwasserreinigung – originäre Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge – sicher und zuverlässig bereitzustellen. Zum anderen sind die Städte und Gemeinden mit den Problemen besonders vertraut. Sie kennen die lokalen Bedingungen, können Risiken und Chancen vor Ort am besten bewerten und die passenden Partner mobilisieren. Die Städte und Gemeinden sind bereits seit vielen Jahren im Klimaschutz aktiv und leisten ihren Beitrag zur Energiewende. Viele Kommunen befassen sich auch mit den Folgen des demografischen Wandels. In den letzten Jahren sind vermehrt kommunale Aktivitäten zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels hinzugekommen. Dabei wurden gute Lösungen gefunden und wichtige Fortschritte gemacht.

Unter dem Titel „Starkregen und Hitzewellen: Die Stadt im Klimawandel fordert die kommunale Wasserwirtschaft heraus“ nimmt eine neue Dokumentation der Zeitschrift „Stadt und Gemeinde“ des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) speziell die kommunalen Wasserdienstleistungen in den Blick. Sie zeigt Wege auf, wie sich Kom-

munen und die kommunalen Aufgabenträger besser gegen den Klimawandel und Wetterextreme wappnen können. Sie basiert auf Erkenntnissen von Forschungsprojekten der laufenden Fördermaßnahme „Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“ (INIS) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Die Dokumentation setzt sich mit den aktuellen Herausforderungen der Wasserwirtschaft auseinander und präsentiert praxisrelevante Maßnahmen zur technischen Systemoptimierung, zur Entscheidungsfindung unter Unsicherheit sowie zur integrierten Stadt-, Freiraum- und Infrastrukturplanung im Themenkomplex „Extremereignisse und Klimawandel“.

Erstellt wurde die Dokumentation im Rahmen des Vernetzungs- und Transfervorhabens INISnet, das die INIS-Forschungsprojekte begleitet und sich eigens der „strategischen Kommunikation“ der INIS-Ergebnisse widmet. INISnet wird vom Difu sowie weiteren Multiplikatoren der deutschen Wasserwirtschaft, der Forschungsstelle des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW) an der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH) und der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) durchgeführt.

Foto: Wolf-Christian Strauss



### Veröffentlichung online:

Die Dokumentation Nr. 133 erscheint zusammen mit der Dezemberausgabe der Zeitschrift „Stadt und Gemeinde“ und kann auch einzeln bezogen werden:

<http://www.stadt-und-gemeinde.de/>

Difu-Zuwender erhalten die Dokumentation kostenfrei im Difu-Extranet:  
<http://bit.ly/1MP2oJ>

### Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock  
Telefon: 030/39001-189  
E-Mail: [bock@difu.de](mailto:bock@difu.de)

Dr.-Ing. Darla Nickel  
Telefon: 030/39001-207  
E-Mail: [nickel@difu.de](mailto:nickel@difu.de)

BMBF-Fördermaßnahme INIS:  
[www.bmbf.nawam-inis.de](http://www.bmbf.nawam-inis.de)

# Die neue Kommunalrichtlinie

## Noch mehr Möglichkeiten für den Klimaschutz vor Ort

Die erfolgreiche Förderung von Klimaschutzmaßnahmen in Kommunen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative ist ausgeweitet worden: Am 1. Oktober trat die novelierte „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ (Kommunalrichtlinie) des Bundesumweltministeriums (BMUB) in Kraft.

Bereits seit 2008 profitieren Kommunen von der umfangreichen Förderung der Kommunalrichtlinie. Sie gehen deutschlandweit durch die Entwicklung individueller Klimaschutzstrategien und die Implementierung direkter Maßnahmen mit gutem Beispiel voran. Die Novellierung der Kommunalrichtlinie bietet nun noch mehr Handlungsmöglichkeiten. Neben längeren Antragsfristen und der Ausweitung der Antragsberechtigungen gibt es erhöhte Förderquoten für investive Maßnahmen und einen neuen Förderschwerpunkt.

### Die wichtigsten Änderungen im Überblick:

- Gefördert wird die Sanierung von Außen-, Straßenbeleuchtungs- und Lichtsignalanlagen durch LED-Beleuchtung.
- Für Klimaschutzinvestitionen in Anlagen und Gebäuden von Kindertagesstätten, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmhallen wurde ein neuer Förderschwerpunkt mit erhöhten Förderquoten eingeführt.
- Die Förderung nachhaltiger Mobilität wurde erweitert und erhöht. Hier profitiert insbesondere der Radverkehr.
- Für die aerobe Insitu-Stabilisierung von stillgelegten Siedlungsabfalldeponien ist eine höhere maximale Zuwendung möglich.
- Bei Energiesparmodellen wurde ein Starterpaket eingeführt, mit dem Ausgaben für pädagogische Arbeit und geringinvestive Maßnahmen bezuschusst werden.
- Erhöhte Förderquoten für finanzschwache Kommunen gelten jetzt auch im investiven Bereich.
- Gefördert werden projektbegleitende Ingenieurdienstleistungen der Leistungsphase acht gemäß Honorarordnung für Architekten- und Ingenieurdienstleistungen (HOAI) im Bereich investiver Maßnahmen Mobilität und Siedlungsabfalldeponien.

### Bewährtes bleibt – die aktuellen Förderschwerpunkte

Kommunen, die am Anfang ihrer Klimaschutzaktivitäten stehen, erhalten im Rahmen der Einstiegsberatung weiterhin die Möglichkeit eines strukturierten Einstiegs mit Hilfe von externen Beratern. Das Kernstück der Kommunalrichtlinie bildet nach wie vor die Erstellung von Klimaschutzkonzepten. Es wird unterschieden zwischen integrierten Klimaschutzkonzepten, die alle relevanten Handlungsfelder erfassen, und Klimaschutzteilkonzepten, die sich auf einen einzelnen klimarelevanten Bereich wie Erneuerbare Energien, Abwasserbehandlung oder Anpassung an den Klimawandel beziehen.

Klimaschutzmanager unterstützen die Umsetzung der in den Klimaschutz(teil)konzepten erarbeiteten Maßnahmen vor Ort. Das BMUB fördert die Einrichtung einer Personalstelle in der Kommune sowie ein mögliches Anschlussvorhaben und bezuschusst einmalig die Umsetzung einer ausgewählten Maßnahme mit bis zu 200.000 Euro. Bei der Ein- und Weiterführung von Energiesparmodellen erhalten neben Kindertagesstätten (Kitas) und Schulen neuerdings auch Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmhallen Unterstützung. Zusätzlich wurde der Förderzeitraum auf maximal vier Jahre verlängert.

Die Kommunalrichtlinie bietet weiterhin finanzielle Unterstützung für investive Maßnahmen: Gefördert wird die Sanierung von Innen- und Hallenbeleuchtung, von Außen- und Straßenbeleuchtung sowie von Lichtsignalanlagen mit LED. Auch die Sanierung und der Austausch raumluftechnischer Geräte können bezuschusst werden. Die Insitu-Stabilisierung von stillgelegten Siedlungsabfalldeponien zur Reduzierung der Methanbildung und unterschiedliche Maßnahmen der nachhaltigen Mobilität werden weiterhin gefördert.

Ein neuer Förderschwerpunkt wurde für ausgewählte investive Klimaschutzmaßnahmen in den Anlagen und Gebäuden von Kitas, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmhallen geschaffen. Gefördert werden beispielsweise der Austausch alter Pumpen oder der Einbau einer Gebäudeleittechnik.



**Veröffentlichung online:**  
<http://bit.ly/1LBfj6d>

### Antragstellung:

Anträge auf Zuwendung können in den folgenden Antragszeiträumen eingereicht werden:

- 1. Oktober 2015 bis 31. März 2016
- 1. Juli bis 30. September 2016
- 1. Januar bis 31. März 2017
- 1. Juli bis 30. September 2017

Ganzjährig beantragt werden können: eine Personalstelle für das Klimaschutzmanagement, das entsprechende Anschlussvorhaben, die ausgewählte Maßnahme sowie die Energiesparmodelle und Starterpakete in Kitas, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmhallen.

Fragen rund um die Kommunalrichtlinie können direkt an das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) gerichtet werden:  
[www.klimaschutz.de/kommunen](http://www.klimaschutz.de/kommunen)  
Telefon: 030/39001-170

### Weitere Informationen:

Ines Fauter, M.A.  
Telefon: 0221/340308-24  
E-Mail: [skkk@klimaschutz.de](mailto:skkk@klimaschutz.de)

# Funktion und Gestaltung von Haupt(verkehrs)straßen mit Schwerpunkt Innenstadt



Innerörtliche Hauptverkehrsstraßen (HVS) haben nicht nur eine große Bedeutung für die Innenstädte, sondern werden von verschiedenen Akteuren beansprucht. Hier finden sich viele Einzelhandels- und Gewerbeeinrichtungen, die Wirtschafts-, Kunden- und Berufsverkehr hervorrufen. Fußgänger benötigen eine hohe Aufenthaltsqualität, gute Erreichbarkeit und sichere Querungsmöglichkeiten im Straßenraum. Der ÖPNV benötigt ungehinderte Zugänglichkeiten und freie Haltestellen. Anwohner wollen Ruhe und eine hohe Umweltqualität. Besuchern und Beschäftigten ist die Erreichbarkeit mit allen Verkehrsmitteln wichtig. Die starke Nutzungsvielfalt bei überschneidenden Nutzungsansprüchen auf engem Raum schafft ein hohes Konfliktpotenzial. Hohe Bebauungs- und Nutzungsdichten können auch ökologische Probleme verschärfen. So konzentrieren sich hier Umweltfolgen des Verkehrs durch hohe Schadstoff- und Lärmbelastung in enger Bebauung. Innerstädtische HVS sind meist auch Unfallschwerpunkte – insbesondere bei schweren Unfällen. Das liegt vor allem in breiten HVS am oft zu hohen Geschwindigkeitsniveau des Kraftfahrzeugverkehrs. Bei schweren Unfällen mit Radfahrern und Fußgängern ist oft „unangepasste Geschwindigkeit“ die Ursache.

Mittlerweile liegen aber verschiedene gelungene Gestaltungsbeispiele im In- und Ausland vor, die verallgemeinerte Empfehlungen zulassen. Das Difu hat diese Erfahrungen zu einer Handreichung zusammengetragen, um so den Umgang mit innerstädtischen HVS für kommunale Planer zu unterstützen. Berücksichtigt werden Aspekte wie Bedeutung und Nutzungsansprüche, integrierte Gestaltungs- und Nutzungskonzepte, Emissionsvermeidung durch Straßenumbau und Verkehrsorganisation, Finanzierungsmöglichkeiten, Beteiligungsverfahren und Gestaltungsbeispiele für HVS.

Die neue Veröffentlichung ist im Wesentlichen so gegliedert, dass über drei unterschiedliche Zugänge das Thema HVS erschlossen wird:

- über die Beschreibung der Verkehrsarten (Fußverkehr, Radverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr, Wirtschaftsverkehr, Motorisierter Individualverkehr),
- über die Beschreibung von Verkehrsfolgen und Maßnahmen zur Minderung (Lärmbelastung, Luftreinheit, Verkehrssicherheit, Verkehrsqualität),
- über die Beschreibung möglicher Entwurfsformen integrierter Gestaltungskonzepte (Verkehrsberuhigung, Tempo 30, Shared Space, Fußgängerbereich).

Ziel ist es nicht, alle Parameter von Entwurfs-elementen aufzuführen. Das muss den einschlägigen Empfehlungen und Richtlinien überlassen werden, auf welche im Text verwiesen wird. Die Handreichung beschreibt vielmehr den grundsätzlichen Umgang bei der Gestaltung von HVS und ist damit eine Argumentationshilfe für Planer. Dabei werden verschiedene Interessengruppen und Nutzungsformen berücksichtigt sowie Lösungen für die stadtverträgliche Gestaltung aufgezeigt. Ziel muss es letztlich sein, städtische Hauptverkehrsstraßen zu stadtverträglichen Hauptstraßen mit Raum- und Erlebnisqualitäten zu entwickeln.

**Weitere Informationen:**  
Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt  
Telefon: 030/39001-252  
E-Mail: arndt@difu.de

**Bestellung:**  
siehe Bestellschein

Beispiel Preston,  
Fishergate Road, UK

Foto: © Hamilton-Baillie Associates



# Umweltverträglicher Wirtschaftsverkehr in den Städten

Im Juni 2015 fand in Dessau-Roßlau in Kooperation von Umweltbundesamt, Difu und Deutschem Städtetag die Tagung „kommunal mobil“ statt. Mehr als 90 Experten aus Wissenschaft, Verkehrsplanung, Wirtschaftsverbänden, Kammern, Logistikunternehmen und Beratungsunternehmen diskutierten über verschiedene aktuelle Herausforderungen im städtischen Wirtschaftsverkehr. Die Tagungsdokumentation wurde als Difu-Impulse Band veröffentlicht.

Insgesamt ist ein Drittel des städtischen Verkehrs dem Wirtschaftsverkehr, d.h. dem Güterverkehr sowie den Dienstleistungs- und Geschäftsfahrten zuzuordnen. Aktuelle Trends der Arbeitsteilung, des Online-Handels, Kundenansprüche wie „same delivery“ oder kleinere Zeitfenster führen zu Sendungs- und Fahrtenzuwachs und verstärken vor allem Liefer- und Dienstleistungsverkehr. Durch flexible Arbeit steigt auch der Personenwirtschaftsverkehr. Mittlerweile haben Personenwirtschafts- und Dienstleistungsverkehr einen Fahrtenanteil von über der Hälfte im Wirtschaftsverkehr. Aber insbesondere die Zunahme von Lkw-Fahrten im Güterverkehr führt zu ansteigenden Problemen im städtischen Raum. Parken von Lieferfahrzeugen in zweiter Reihe, starke Lärm- und Luftschadstoffemissionen durch Lkw in Wohngebieten, hoher Flächenbedarf und Trennwirkung und schwere Verkehrsunfälle durch große Fahrzeuge sind typische kommunale Probleme im Wirtschaftsverkehr. Bei der Emissionsminderung muss vor allem der Lkw betrachtet werden. Auf der anderen Seite sind die Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen sowie die Entsorgung wichtige Funktionen, die der Wirtschaftsverkehr realisiert. Diese Funktionen zu sichern bei stadtverträglicher Abwicklung des Verkehrs ist eine Herausforderung für kommunale Akteure.

Lastenräder stellen eine Maßnahme vor allem für die Entlastung von Problemzonen dar. Deren stärkere Verbreitung sollte flankiert werden durch das Setzen von Standards für Lastenräder, Anpassungen in der Verkehrsinfrastruktur und der logistischen Konzepte. Ansätze wie die Bentobox Berlin als neutraler Konsolidierungspunkt zwischen Lieferwagen und Fahrradkurier für die letzte Meile gehen in diese Richtung. Die Einrichtung von Benutzervorteilen für Lastenräder

ist einfach möglich. Elektrisch betriebene Lkw können zumindest einen Teil der Umweltfolgen des Schwerlastverkehrs reduzieren. Doch sind hier noch erhebliche technische Entwicklungen nötig. Wenn durch die Batterie 20% der Nutzlast wegfällt, wird der Fahrzeugeinsatz schnell unwirtschaftlich. Als Zwischenlösung geeignet sind Hybrid-Lkw, die kurze Streckenteile voll-elektrisch fahren können und so sensible Stadtgebiete schonen. Einen weiteren wichtigen Handlungsbereich stellt die Integration der Standortsicherung für den Wirtschaftsverkehr in die kommunale Flächennutzungsplanung dar. Geeignete stadtverträgliche Logistikstandorte müssen gefunden und gesichert werden, um unnötige Lkw-Fahrten zu minimieren oder auf weniger sensible Routen zu leiten. Letztlich müssen für den Wirtschaftsverkehr komplexe Konzepte mit einer Kombination von Kernmaßnahmen, flankierenden und unterstützenden Maßnahmen erstellt werden.

Das Thema Wirtschaftsverkehr ist auf kommunaler Ebene noch selten Gegenstand systematischer Planungen. Wichtig ist somit die Betrachtung der Möglichkeiten für die Integration dieser Verkehrsart in Planungsabläufe. Dafür sind neben Grundlagen auch Datenerhebungsmethoden und Modelle anzupassen sowie vor allem praktische Beispiele für Strategien und Maßnahmen sowie rechtliche Umsetzungsmöglichkeiten zu vermitteln. Bisher werden Umweltziele im Wirtschaftsverkehr in Landes- und Regionalplanung wenig effektiv gefördert. Es gibt keine ausreichenden Vorgaben auf Landes- und kommunaler Ebene, so dass der Wirtschaftsverkehr als Nicht-Pflichtaufgabe meist aus dem Blickfeld kommunaler Planer gerät. Aber auch der rechtliche Rahmen muss flexibler für Kommunen gestaltet werden, z.B. für die Einrichtung von Verkehrsregelungen (Ladezonen, Benutzervorteile für umweltschonende Fahrzeuge usw.).

Das gravierende Datenproblem im Wirtschaftsverkehr könnte durch eine Standardisierung von Erhebungsmethoden im Wirtschaftsverkehr gemindert werden, um Datenvergleiche zwischen verschiedenen Erhebungen zu verbessern und Synergien zu nutzen. Eine bessere Datengrundlage ermöglicht eine bessere Problemerkennung und eine passgenaue Lösungsentwicklung.



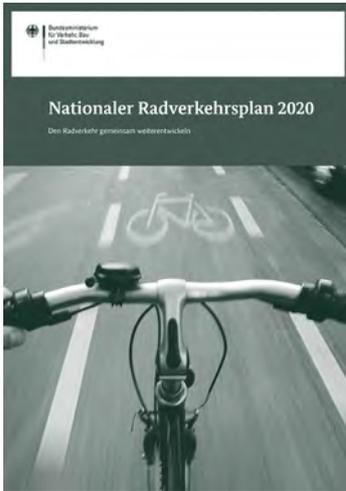
**Weitere Informationen:**  
Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt  
Telefon: 030/39001-252  
E-Mail: arndt@difu.de

**Bestellung:**  
siehe Bestellschein

Bentobox

Foto: © SenStadtUm





**Weitere Informationen:**  
Doris Reichel, M.A.  
Telefon: 030/39001-233  
E-Mail: reichel@difu.de  
www.nationaler-radverkehrsplan.de/

## Das Fahrradportal im neuen Gewand

Das Fahrradportal zum Nationalen Radverkehrsplan erscheint zum Jahresbeginn im neuen Design. Im Blau des Nationalen Radverkehrsplans 2020 erscheinen weiterhin eine Vielzahl aktueller Forschungsergebnisse, Praxisbeispiele, Neuigkeiten, die aktualisierte Förderfibel und die bewährte Literaturdatenbank zum Fahrradverkehr – auf Deutsch und Englisch.

Zusätzlich zu den bewährten Infos bietet das „neue“ Fahrradportal vierteljährlich eine aktuell aufbereitete Online-Publikation zu einem besonders nachgefragten Thema aus dem Bereich des Radverkehrs: Neben weiterführenden Kategorien des Fahrradportals,

wie z.B. Literatur, Neuigkeiten, Praxisbeispielen, Terminen zu dem jeweiligen Schwerpunktthema bietet die Publikation aktuelle Forschungsergebnisse, entsprechende Praxisbeispiele, praxisbezogene Checklisten mit konkreten Maßnahmen, Infoboxen und direkten Kontaktmöglichkeiten. Die Publikation richtet sich an öffentliche Verwaltungen, Planer sowie Institute und Verbände, die sich mit dem Thema Radverkehr beschäftigen.

Mit der Umgestaltung der Internetseite stehen die Schwerpunktthemen Radverkehrsförderung im ländlichen Raum, öffentliche Fahrradverleihsysteme und Radschnellverbindungen online zum Lesen bereit.

## Siedlungsentwicklung in der Stadt

### Die Bahnstadt Heidelberg auf dem Prüfstand

Die Bahnstadt Heidelberg ist eine der größten innerstädtischen Entwicklungsmaßnahmen in Deutschland. Heidelberg treibt seit 2008 die Entwicklung eines 116 Hektar großen Areals als Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme voran.

Mit der Bahnstadt hat Heidelberg die Chance, dringend benötigten Wohnraum in einer wachsenden Stadt zu schaffen. Weiteres Ziel der Maßnahme ist die eigens entwickelte Energiekonzeption, die u.a. flächendeckend Passivhaus-Standard vorschreibt. Gleichzeitig steht die Stadt damit vor der Herausforderung, die erforderliche technische und soziale Infrastruktur bereitzustellen.

Die Bahnstadt ist in vielen Aspekten erfolgreich. Es gibt jedoch auch kritische Stimmen, die aufgrund hoher Immobilienpreise und Mieten – trotz eines Wohnraumförderprogramms für Einwohner mit geringerem Einkommen – die Entstehung eines Stadtteils für Besserverdienende befürchten. Zudem gibt es Bedenken, dass die Bahnstadt zu einer finanziellen Belastung für den städtischen Haushalt werden könnte. Dieses Spannungsfeld zwischen qualitativvoller innerstädtischer Siedlungsentwicklung einerseits und den damit verbundenen Kosten für die Stadtkasse andererseits führt zu Diskussionen sowohl in Politik als auch in der Bevölkerung der Stadt.

Im Auftrag der Stadt Heidelberg nimmt deshalb das Deutsche Institut für Urbanistik derzeit eine systematische Analyse der finanziellen Effekte dieses Entwicklungsprojekts für den Haushalt der Stadt vor. Anders als bei bisherigen Betrachtungen des Vorhabens, werden nicht die mit der Siedlungsentwicklung unmittelbar verbundenen Ausgaben und Einnahmen der Stadt Heidelberg in den Vordergrund gestellt. Stattdessen wird mit dem Blick auf die jährlichen Aufwendungen und Erträge eine neue Perspektive eingenommen. Dabei werden auch finanzielle Effekte berücksichtigt, die sich zum Teil indirekt und ggf. erst in den Folgejahren ergeben werden.

Das Gutachten baut daher auf bestimmten Annahmen zur künftigen Entwicklung der Stadt insgesamt und der Bahnstadt im Besonderen auf und verdichtet diese in einem plausiblen Szenario. Das zugrunde liegende Berechnungsmodell ermöglicht auch die Erstellung alternativer Szenarien mit angepassten Parametern als Grundlage einer Sensitivitätsanalyse. Diese macht erkennbar, wie verlässlich die gewonnenen Erkenntnisse sind und welche Parameter besondere Bedeutung für den Erfolg des Entwicklungsprojekts haben.

Die Fertigstellung des Gutachtens ist für Januar 2016 geplant.

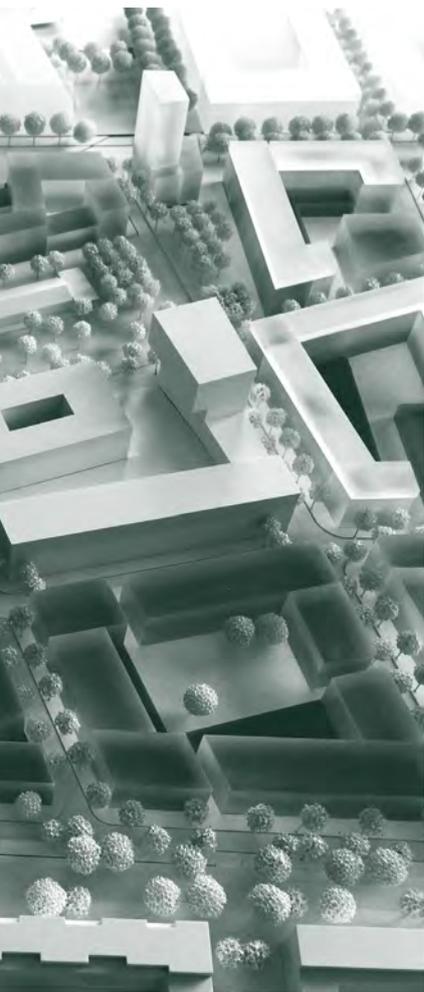


Foto: Wolf-Christian Strauss

**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Kfm. (FH)  
Stefan Schneider  
Telefon: 030/39001-261  
E-Mail: schneider@difu.de

# Demografie und Abfallwirtschaft

In einem neuen Difu-Forschungsprojekt werden anhand einer Wirkungsanalyse die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die künftige Abfallwirtschaft untersucht und Lösungsvorschläge für die Bewältigung künftiger Herausforderungen entwickelt.

Im Zentrum des gemeinsam von Difu und Öko-Institut im Auftrag des Umweltbundesamts zu bearbeitenden Vorhabens „Demografischer Wandel und Auswirkungen auf die Abfallwirtschaft“ stehen die mittel- und langfristigen Auswirkungen des demografischen Wandels auf die kommunale Abfall- und Entsorgungswirtschaft. Hierfür werden Szenarien mit den Zeithorizonten 2030 bzw. 2050 entwickelt. Bestandteil der Szenarien sind Handlungsempfehlungen für ausgewählte Demografietyper bzw. Modellregionen, die bestehende politische Zielsetzungen berücksichtigen.

Das Projekt ist in drei Arbeitspakete gegliedert. Im ersten steht die Analyse der deutschen Abfallwirtschaft im Vordergrund, wobei neben einer Darstellung des Status quo die künftigen Entwicklungen in Szenarien berücksichtigt und daraus Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. Im zweiten Arbeitspaket, das vorrangig in der Verantwortung des Difu liegt, werden Hemmnisse und Lösungswege für die künftige Entwicklung anhand von vier Fallstudien untersucht, wobei die ausgewählten Modellregionen (Kommunen) repräsentativ für bestimmte Demografietyper stehen sollen. Hierbei ist vorgesehen, sowohl wachsende und schrumpfende Modellregionen mit hohem Anpassungsdruck als auch Kommunen mit geringerem Anpassungsbedarf zu berücksichtigen. In einem dritten Arbeitspaket werden die Ergebnisse in einem Praxisleitfaden für Kommunen aufbereitet.



Foto: Luisa Müller

## Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbücheln

Telefon: 030/39001-263

E-Mail: verbuecheln@difu.de

# Umwelt- und Aufenthaltsqualität in der Stadt

Das Difu bearbeitet im Auftrag des Umweltbundesamts (UBA) und in Kooperation mit dem Planungsbüro BKR (Aachen) ein Forschungsvorhaben zur Umweltqualität in kompakten und nutzungsgemischten Stadtstrukturen.

Mit Blick auf das 30-Hektar-Ziel zum Flächensparen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (2002) setzen viele Kommunen prioritär auf Innenentwicklung. Dies geschieht u.a. auf dem Weg der Wiedernutzbarmachung brachgefallener Flächen sowie der Nachverdichtung bestehender Quartiere. Parallel zu diesen Initiativen des Flächensparens lässt sich vielerorts ein Bedeutungsgewinn der Stadtzentren beobachten: Erneut ist das Leitbild der kompakt-urbanen und funktionsgemischten Stadt mit kurzen Wegen richtungsweisend für eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung. Angesichts der Fokussierung auf den Innenbereich der Städte stellt sich gleichzeitig die Frage, wie kompakte und nutzungsgemischte Siedlungsstrukturen zu entwickeln sind, so dass sie den Anforderungen an eine hohe

Umwelt-, Aufenthalts-, Wohn- und Lebensqualität gerecht werden. Denn verdichtete Stadtstrukturen einschließlich Nutzungsmischung sind für Mensch und Umwelt nur dann verträglich, wenn sie mit relevanten Zielen des Umweltschutzes und des nachhaltigen Wohnens und Lebens in der Stadt korrespondieren.

Ziel des Vorhabens ist es daher, die Auswirkungen einer hohen qualifizierten städtebaulichen Dichte und Funktionsmischung auf die Umwelt-, Lebens-, Wohn- und Aufenthaltsqualität in der Stadt unter Einbeziehung von Fallstudien (Beispielquartiere) zu analysieren. Zudem sollen Konflikte und Synergien – besonders auch zwischen den Umweltbelangen – erkannt und darauf aufbauend Lösungsvorschläge entwickelt werden. Dabei werden auch die Möglichkeiten des vorhandenen Baurechts, speziell des Bauplanungsrechts sowie umweltrechtlicher Vorschriften betrachtet. Im Rahmen des Projekts werden Fallstudienuntersuchungen in gemischten Quartieren in bundesweit acht Städten durchgeführt.



Foto: Ricarda Pätzold

## Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Ricarda Pätzold

Telefon: 030/39001-190

E-Mail: paetzold@difu.de

Magdalene Rakel, M.Sc.

Telefon: 030/39001-193

E-Mail: rakel@difu.de



# Lärm- und Klimaschutz durch Tempo 30

## Stärkung kommunaler Entscheidungskompetenzen

Die Bundesregierung hat mit dem Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 beschlossen, den klimafreundlichen Rad- und Fußverkehr durch eine Erhöhung der Sicherheit zu fördern. Dazu soll die Entscheidungskompetenz der Kommunen hinsichtlich der Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen gestärkt werden.

Im abgeschlossenen Forschungsvorhaben „TUNE ULR – Technisch wissenschaftliche Unterstützung bei der Novellierung der EU-Umgebungsärmrichtlinie“ (UBA-Texte 33/2015) wurden im Auftrag des Umweltbundesamts fachliche und rechtliche Hindernisse ermittelt, denen sich Kommunalverwaltungen bei der Durchsetzung von Tempo 30 aus Lärmschutzgründen insbesondere an Hauptverkehrsstraßen gegenübergestellt sehen. Auftragnehmer im neuen Forschungsvorhaben des UBA „Lärm- und Klimaschutz durch Tempo 30: Stärkung der Entscheidungskompetenzen der Kommunen“ sind

Rechtsanwalt Karsten Sommer in Kooperation mit dem Difu und LK Argus. Das Vorhaben knüpft an die Ergebnisse von TUNE ULR an. In einem Workshop im Oktober 2015 mit rund 40 Kommunal- und Landesvertretern sowie weiteren Experten in Berlin wurden die in TUNE ULR ermittelten Hindernisse daraufhin untersucht, ob sich durch die Änderung von Gesetzen, Verordnungen, Erlassen und Richtlinien Verbesserungen hinsichtlich einer erleichterten Anordnung ergeben können.

Die Ergebnisse des Workshops werden zusammen mit der Expertise der Auftragnehmer in einem Abschlussbericht aufbereitet und einem Kreis aus Auftraggeber sowie interessierten Kommunal- und Landesvertretern im Rahmen einer Abschlusspräsentation im Januar vorgestellt. Interessenten an dieser Veranstaltung können sich an das Difu wenden.

### Weitere Informationen

Dipl.-Geogr.  
Kathrin Schormüller  
Telefon: 0221/340308-11  
E-Mail: schormueller@difu.de  
Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt  
Telefon: 030/39001-252  
E-Mail: arndt@difu.de

Foto: Nils Schirmmacher

# Klimaaktivitäten praxisnah

## Difu unterstützt und motiviert Kommunen in ihrem Klimaengagement

Durch das Projekt „Klimaschutz in der kommunalen Praxis: Information, Motivation, Vernetzung“, kurz „KlimaPraxis“, werden kommunales Engagement im Klimaschutz und bei der Klimaanpassung unterstützt und wichtige Impulse für Kommunen geboten, die noch am Anfang des Prozesses stehen.

### Klimaschutz im „Rampenlicht“

Ein Ziel ist es, klimaaktiven Kommunen eine „Bühne“ zu geben, um ihre vorbildlichen Aktivitäten bekannt zu machen. Dazu wird unter anderem der Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ (bis 2015 Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ (siehe auch Seiten 16–17) ausgelobt.

Die Preisträger werden im Rahmen einer großen Kommunalkonferenz öffentlich ausgezeichnet.

### Nachahmer erwünscht

Darüber hinaus sollen andere Kommunen motiviert werden, gute Ideen aufzugreifen und von den Erfahrungen anderer zu profitieren. Dieser Transfer wird durch (Online-)Publikationen und unterschiedliche Veranstaltungen gefördert, zum Beispiel durch den interaktiven Austausch in „Praxiswerkstätten“.

### Netzwerke knüpfen

Als weiteres Thema steht die Vernetzung von Kommunen im Zentrum des Projekts. Zu diesem Zweck wurde der Arbeitskreis „Kommunaler Klimaschutz“ initiiert. Ziel des Arbeitskreises und des gesamten Projekts ist es, Know-how zu bündeln, neue Herausforderungen zu identifizieren und anderen Kommunen wichtige Impulse für Klimaaktivitäten zu geben. Das Projekt „KlimaPraxis“ wird vom Bundesumweltministerium gefördert und läuft bis März 2018.

### Weitere Informationen:

Ulrike Vorwerk, M.A.  
Telefon: 0221/340308-17  
E-Mail: vorwerk@difu.de

Anna Hogrewe-Fuchs  
Telefon: 0221/340308-16  
E-Mail:  
hogrewe-fuchs@difu.de

Foto: Anna-Kristin Jolk

# Veranstaltungsvorschau

## **Nicht ohne meine Nachbarn!? Interkommunale Kooperation in der „Spreeregio“**

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte,  
13. Januar, Berlin (D)

## **Mehr Sicherheit im Radverkehr**

Veranstaltungsserie der Fahrradakademie  
19. Januar, Lüneburg; 20. Januar, Dresden;  
28. Januar, Bamberg; 17. Februar, Stuttgart;  
18. Februar, Köln (F)

## **Energiekonzepte für konservatorische Gebäude**

Seminar, 28. Januar, Nürnberg (EK)

## **Starke Hochschulen – starke Städte. Gemeinsame Zukunftsentwicklung durch Kommunen und Wissenschaft**

3. Februar, Nürnberg, Veranstaltung in Kooperation mit dem DST, der Stadt Nürnberg und den Studentenwerken (S)

## **Mehr Mitbestimmung in der Stadt. Chancen und Risiken von Volksentscheiden**

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte,  
10. Februar, Berlin (D)

## **Erfahrungsaustausch: Herausforderungen kleinerer und mittlerer Städte**

Erfahrungsaustausch, 25.–26. Februar,  
Berlin (S)

## **Radverkehrsanlagen planen und realisieren**

Veranstaltungsserie der Fahrradakademie  
1.–2. März, Berlin; 15.–16. März, Erfurt;

19.–20. April, Ludwigshafen; 26.–27. April,  
Wuppertal; 27.–28. April, Bremen (F)

## **Zukunft der kommunalen Verkehrsfinanzierung**

Seminar, 14.–15. März, Berlin (S)

## **Online-Handel – Trend oder Hype?**

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte,  
16. März, Berlin (D)

## **Zwischenbilanz Demografischer Wandel: Wo stehen die Kommunen?**

Seminar, 7.–8. April, Berlin (S)

## **Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien**

Fachtagung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag, 14.–15. April, Berlin (J)

## **MitmachStadt: Durch Co-Produktion mit Bürgerinnen und Bürgern mehr bewirken**

Seminar, 18.–19. April, Berlin (S)

## **Meine Stadt – meine Verwaltung? Kooperationskultur in und mit Politik und Verwaltung**

Seminar, 21.–23. April, Berlin (S)

## **21. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement**

Kongress, 25.–26. April, Kiel (EM)

## **Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung**

Seminar, 28.–29. April, Berlin (S)

## **Infos, Einzelprogramme und Anmeldung:**

### **AG Fachtagungen Jugendhilfe**

Claudia Euler (J)  
Telefon: 030/39001-136  
E-Mail: euler@difu.de

### **Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement**

Sigrid Künzel (EM)  
Telefon: 0221/340308-0  
E-Mail: kuenzel@difu.de

### **Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte**

Katrin Adam/Sylvia Koenig (D)  
Telefon: 030/39001-215/-258  
E-Mail: dialoge@difu.de

### **Difu-Seminare**

Fortbildungssekretariat (S)  
Telefon:  
030/39001-258/-259/-148  
E-Mail: fortbildung@difu.de

### **Energiekonzepte für konservatorische Gebäude**

Anna-Kristin Jolk (EK)  
Telefon: 0221/340308-22  
E-Mail: jolk@difu.de

### **Fahradakademie sowie kommunal mobil:**

Simone Harms (F)  
Telefon: 030/39001-132  
E-Mail: harms@difu.de

Die Kürzel in Klammern stehen für die Ansprechpartnerin zur jeweiligen Veranstaltung

### **Details und Einzelprogramme stets aktuell im Difu-Internet:**

[www.difu.de/veranstaltungen](http://www.difu.de/veranstaltungen)



Foto: Wolf-Christian Strauss



# Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2015“ – Gewinner prämiert

## Preisverleihung auf der Internationalen Kommunalen Klimakonferenz (ICCA) in Hannover

v.l.n.r. Cornelia Rösler, Leiterin des Bereichs Umwelt am Difu, Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks und der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel beim Presserundgang auf der ICCA

Foto: Photo by IISD/ENB  
<http://bit.ly/1L1fY1P>

Insgesamt neun teilnehmende Städte, Gemeinden und Landkreise des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz“ erhielten je 25.000 Euro für ihre vorbildlichen Projekte zum CO<sub>2</sub>-Sparen – mit der Auflage, das Preisgeld wieder in den Klimaschutz zu investieren. Auf diese Weise wird das Engagement vor Ort weiter gestärkt. Ausgelobt wird der Wettbewerb seit 2009 vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zusammen mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Die Preisverleihung fand in diesem Jahr im Rahmen der ICCA, der Internationalen Kommunalen Klimakonferenz (International Conference on Climate Action) statt, die vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, vom Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz sowie vom Difu am 1. und 2. Oktober 2015 in Hannover ausgerichtet wurde. Zum Auftakt des „High Level Panels“ hob Professor Martin zur Nedden, Leiter des Difu, gemeinsam mit dem niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel die Bedeutung der Kommunen im Rahmen der Weltklimaverhandlungen hervor. Zum Abschluss der Konferenz stellten Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks und Minister Wenzel die „Hanover Declaration – Local Action Driving Transformation“ (Erklärung von Hannover – Kommunen gestalten die Zukunft) vor. Die Deklaration ist das Ergebnis der Konferenz und soll als Botschaft von der Bundesumweltministerin zur Weltklimakonferenz im Dezember nach Paris getragen werden.

### Klimaschutz macht nicht an Grenzen halt

Vertreter der kommunalen Spitzenverbände – Detlef Raphael, Beigeordneter für Umwelt und Wirtschaft des Deutschen Städtetages; Roland Schäfer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie Bernhard Reuter, Vizepräsident des Deutschen Landkreistages – gaben die Preisträger

bekannt. Gemeinsam mit ihnen überreichte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter, die Preise und gratulierte den neun prämierten Kommunen: „Der kommunale Klimaschutz ist für mich persönlich das ‚Herzstück‘ nationaler Klimaschutzaktivitäten und eines meiner zentralen politischen Anliegen. Wir brauchen aktiven Klimaschutz, der dort ansetzt, wo die Menschen leben und arbeiten. Der Wettbewerb ist eine hervorragende Möglichkeit, erfolgreiche Klimaschutzprojekte von Kommunen zu würdigen. Ich gratuliere allen Preisträgern und danke ihnen für ihr Engagement.“ Gleich zwei Preisträgerkommunen zeichnen sich in diesem Jahr auch durch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit aus. Die Stadt Rheinberg arbeitet mit niederländischen, der Kreis Traunstein mit österreichischen Kommunen zusammen. Entsprechend war auch je ein Vertreter aus den Nachbarländern bei der Preisverleihung auf der Bühne vertreten.

Die Preisträger haben sich gegen insgesamt 119 Bewerbungen aus ganz Deutschland durchgesetzt, die von Anfang Februar bis Ende März 2015 eingereicht wurden.

### Die neun gleichrangigen Gewinner des Wettbewerbs 2015:

**Kategorie „Kommunaler Klimaschutz durch Kooperation“ (45 Bewerbungen)**

**Stadt Beckum (Nordrhein-Westfalen):**  
Interkommunaler und energieautarker Baubetriebshof

**Stadt Siegen (Nordrhein-Westfalen):**  
Gründung und Organisation des Energievereins Siegen-Wittgenstein e.V.

**Stadt Rheinberg (Nordrhein-Westfalen) stellvertretend für die insgesamt elf KLiKER-Kommunen:**  
KLiKER– Klimaschutz in Kommunen in der Euregio Rhein-Waal

Gefördert durch:



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages



NATIONALE KLIMASCHUTZ INITIATIVE

Mehr Informationen, ausführliche Artikel, Filme und Fotos von den ausgezeichneten Projekten und der Preisverleihung: [www.klimaschutz.de/wettbewerb2015](http://www.klimaschutz.de/wettbewerb2015).

## Kategorie „Kommunales Energie- und Klimaschutzmanagement“

(15 Bewerbungen)

### Landkreis Oldenburg zusammen mit den Gemeinden Ganderkesee, Dötlingen, Lemwerder und der Stadt Twistringen (Niedersachsen):

Regionales Energiemanagement – REM kommunal

### Stadt Mannheim (Baden-Württemberg):

Klimaschutz-Aktionsprogramm „FlurfunkE“

### Samtgemeinde Harsefeld (Niedersachsen):

Energie- und CO<sub>2</sub>-Einsparungen der Kläranlage

## Kategorie „Kommunaler Klimaschutz zum Mitmachen“ (59 Bewerbungen)

### Landkreis Northeim zusammen mit den Landkreisen Osterode und Göttingen (Niedersachsen):

Dörfer wetteifern um den Klimaschutz

### Stadt Offenbach (Hessen):

Kostenlose Energieeffizienzberatung für Unternehmen

### Landkreis Traunstein (Bayern) zusammen mit dem Landkreis Berchtesgadener Land und dem Salzburger Seenland:

Klimaladen – Was hat mein Konsum mit dem Klima zu tun?

## Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ startet im Januar 2016

Mit neuem Namen geht der Wettbewerb in die achte Runde. Neben bewährten Kategorien gibt es auch eine neue Kategorie: „Klimaanpassung in der Kommune“. Der neue Name soll unterstreichen, dass das Klima-Engagement von Kommunen zunehmend über das Thema Klimaschutz hinausgeht.

Initiiert wird der Wettbewerb weiterhin vom Bundesumweltministerium und dem Difu. Gesucht werden Kommunen und Regionen, in denen beispielsweise Themen wie klimagerechtes Bauen und Sanieren, Klimaanpassung, klimafreundliche Mobilität, Suffizienz oder länderübergreifende Klimaaktivitäten eine Rolle spielen. Gefragt sind erfolgreich realisierte und wirkungsvolle Klimaprojekte.

Von Mitte Januar bis Ende März 2016 können Kommunen und Regionen Bewerbungen in drei Kategorien einreichen:

## Kategorie: „Kommunale Klimaprojekte durch Kooperation“

Vorbildlich realisierte Klimaprojekte, die Ergebnis einer erfolgreichen Kooperation mit verschiedenen Akteuren in der Kommune und/oder mit anderen Kommunen sind. Relevant sind insbesondere die Resultate der Zusammenarbeit, wie z.B. Mobilitätsvorhaben, Bauprojekte oder Beratungsangebote.

## Kategorie „Klimaanpassung in der Kommune“

Erfolgreiche kommunale Ansätze, die das Querschnittsthema Klimaanpassung vor Ort voranbringen, z.B. konkrete Maßnahmen, fachübergreifende Strategien oder Modellprojekte. Dabei sind auch Synergien von Klimaschutz und Klimaanpassung wünschenswert.

## Kategorie „Kommunale Klimaaktivitäten zum Mitmachen“

Erfolgreich umgesetzte Aktionen, um Menschen vor Ort zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und/oder Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu motivieren, z.B. kommunale Kampagnen oder spezifische Angebote.

Für die Auszeichnung der Preisträger stehen insgesamt 225.000 Euro und damit 25.000 Euro je Preisträger zur Verfügung. Das Preisgeld soll wieder in Klimaprojekte investiert werden. Die Gewinner werden im Rahmen einer öffentlichen Preisverleihung, die voraussichtlich im November 2016 stattfinden wird, bekannt gegeben und ausgezeichnet.



v.l.n.r. Stefan Wenzel, Umweltminister Niedersachsen; Prof. Martin zur Nedden, Leiter des Difu und Moderatorin Inka Schneider bei der Eröffnung des High Level Panels auf der ICCA

Foto: by IISD/ENB  
<http://bit.ly/1L1fY1P>



Ein Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts für Urbanistik

Alle Informationen sowie die Bewerbungsunterlagen zum Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ werden rechtzeitig bekannt gegeben unter [www.klimaschutz.de/wettbewerb2016](http://www.klimaschutz.de/wettbewerb2016)

### Weitere Informationen:

Anna Hogrewe-Fuchs  
Telefon: 0221/340308-16  
E-Mail: [hogrewe-fuchs@difu.de](mailto:hogrewe-fuchs@difu.de)  
Ulrike Vorwerk, M.A.  
Telefon: 0221/340308-17  
E-Mail: [vorwerk@difu.de](mailto:vorwerk@difu.de)

Preisträger und Gratulanten beim Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2015“

Foto: Blickpunkt Photodesign, A. + D. Bödeker, Difu



# Evaluation und Wirkungsforschung in den Hilfen zur Erziehung



Teilnehmer/innen



Dr. Stefan Rücker, Forschungsgruppe Petra, Schlüchtern



Heino Möller, e/l/s Institut für Qualitätsentwicklung sozialer Dienstleistungen, Wülfrath



Dr. Mike Seckinger, Deutsches Jugendinstitut e.V., München



Prof. Dr. Christian Schrapper, Universität Koblenz-Landau

Fotos: Rita Rabe

## Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Kerstin Landua  
AG Fachtagungen  
Jugendhilfe im Difu  
Telefon: 030/39001-135  
E-Mail: landua@difu.de

Im Juni 2015 kamen zu der von der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Difu durchgeführten Veranstaltung „Wissen, was wirkt – Evaluation und Wirkungsforschung in den Hilfen zur Erziehung“ 143 Fachkräfte aus der Jugendhilfe nach Berlin. Im Mittelpunkt standen keine theoretischen Erörterungen, sondern praktische Erfahrungen, wie das Richtige richtig getan werden kann.

## Gott sei Dank haben wir Effekte

Dr. Stefan Rücker, Forschungsgruppe Petra, Schlüchtern, stellte Ergebnisse eigener Untersuchungen im Feld der teilstationären Hilfen vor. Ergebnisse: 25 Prozent der Jugendlichen scheitern am Übergang von der Schule zum Beruf, Kinder wollen ihre Eltern (manchmal) dazu bringen, die Hilfe abbrechen und Alleinerziehende haben oft nicht genügend Ressourcen und Kraft für eine „Hilfe zur Erziehung“ (HzE) und brechen diese darum ab. Dr. Rücker vermittelte der Fachpraxis, dass es möglich ist, Effekte abzubilden und Schlussfolgerungen zu ziehen. Wichtig sei es, Familien Empathie entgegen zu bringen, da diese nicht das Gefühl haben sollen „etwas falsch gemacht zu haben“. Es soll aber klar werden, dass manches durchaus besser werden kann. Heino Möller, e/l/s Institut für Qualitätsentwicklung sozialer Dienstleistungen, Wülfrath, stellte Ergebnisse des Projekts „Abbrüche in stationären Hilfen zur Erziehung“ vor. Projektanlass war die mit 20 bis 60 Prozent hohe Anzahl der Abbrüche. In der Studie wurden die Unterschiede zwischen abgebrochenen Hilfen versus durchlaufener Hilfen in Bezug auf individuelle und Organisationsmerkmale verglichen. Die fünf wirksamsten fachlichen Prozessmerkmale für gelingende Heimerziehung, mit der signifikant die Abbruchquote gesenkt werden kann, waren: Schulbesuch und Bildungserfolge zügig fördern, Wohlfühlen und Zufriedenheit der Klienten erreichen, krisenhafte Entwicklungen frühzeitig und nachhaltig abwenden, höchste Verlässlichkeit der Dienstleistung gewährleisten und Sinnerleben und Nutzenerwartung bei Klienten wecken.

## Was geht? Und geht noch mehr?

Dr. Mike Seckinger, Deutsches Jugendinstitut e.V. München, stellte empirische Befunde über Gelingensbedingungen, Prozess- und Ergebnisqualität in den HzE vor und sagte: „Es geht ziemlich viel in den Hilfen zur Erziehung! Man braucht sich weder zu verste-

cken noch bei der Frage nach Wirkung zu erschrecken, auch nicht im Vergleich zu anderen Hilfesystemen.“ Und: „Ja, es geht noch mehr!“ Auch wenn Jugendhilfe viel bewirke, gebe es noch genügend Fälle, in denen es anders laufen könnte. Solange es diese gibt, sei selbstreflexive Kritik wichtig, ohne sich gegenüber anderen Professionen klein zu machen. „Selbstreflexion ist ein Qualitätskriterium der sozialen Arbeit, das zur Verbesserung der Chancen beiträgt, dass das, was wir tun, tatsächlich wirkt.“ Studien in konkrete Handlungsanweisungen zu übersetzen sei schwierig, vor allem, weil „wir“ keine Technologie sind, sondern eine Profession und weil eine Vielzahl an potenziell intendierten Wirkungsebenen zu einer Vielzahl an sich zum Teil auch widersprechenden Wirkungskriterien führen kann. Dazu kommen Wirkungswünsche aus Sicht von Adressaten sowie weitere Wirkfaktoren inner- und außerhalb der Jugendhilfe. Trotz allem, was „wir“ wissen, bleibe die Frage: Wie gut gelingt es uns, die Lebensqualität der Kinder und Jugendlichen tatsächlich zum Gegenstand unserer Hilfestrategien zu machen?

## Wissen wir, was wir tun?

Über „Herausforderungen und Grenzen von Wirkungsanalysen für die Hilfen zur Erziehung“ sprach Prof. Dr. Christian Schrapper, Universität Koblenz-Landau. Er plädierte dafür, Fachkräfte in der Jugendhilfe für einen souveränen Umgang mit Wirkungszumutungen zu stärken. Wirkungsnachweise seien zentrale Kriterien für Qualität und Professionalität. Er stellte drei Thesen zur Diskussion:

- Wie „gute Erziehung“ in Heimen wirken kann, wissen Praxis und Wissenschaft schon lange, aber interessiert das wirklich?
- Erfolge sind keine Wirkungen und Wirkungen nicht unbedingt erfolgreich – aber trotzdem ist nicht egal, was wir tun!
- Wissen, was wir tun! nicht nur: Tun, was wir wissen.

Spürbar war die große Empathie für das einzelne Schicksal von Kindern und Jugendlichen. Es gebe keine Garantie, dass Erziehung gelingt. Sie sei immer ein Wagnis mit ungewissem Ausgang und trotzdem unverzichtbar. Erziehung ist eine Zukunftschance, wie aktuell bei den Flüchtlingskindern zu sehen ist. Und: „Erziehung will Zukunft eröffnen, die keiner kennt.“

# Umsetzung von Maßnahmen zur Lärminderung

## Synergien durch integrierte Ansätze

Die innerstädtische Lärminderung besitzt großes Potenzial, sowohl die Lebensqualität als auch die Umweltgerechtigkeit in Städten und Gemeinden zu verbessern. Doch selbst wenn bereits ein Lärmaktionsplan verabschiedet wurde, die Umsetzung der Maßnahmen gestaltet sich vielerorts problematisch: Ob fehlende Finanzmittel, gegenläufige Interessen anderer Planungen oder die mangelnde Kooperationsbereitschaft weiterer Ressorts – die Gründe für eine mangelnde Umsetzung der Aktionspläne sind zahlreich.

### Querschnittsthema Lärmschutz

Lärmschutz ist ein Querschnittsthema. Aus diesem Grund widmete das Difu dem Thema „Umsetzung von Maßnahmen zur Lärminderung“ im September 2015 ein zweitägiges Seminar mit zahlreichen Referenten aus der kommunalen Praxis, Experten aus Ingenieurbüros, Instituten und mit juristischem Know-how. Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag dabei auf der Betrachtung integrierter Ansätze, denn dadurch können häufig Synergien erschlossen und die Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen begünstigt werden. Die Referenten stellten Ansätze, erfolgreiche Projekte und Hintergrundwissen zu den Schnittstellen zwischen Lärmschutz und den Themen Städtebau, Verkehrsplanung, Klimaschutz und Luftreinhaltung dar. Zusätzlich wurden die Themen inter- und intrakommunale Kooperation bearbeitet.

### Rechtlicher Rahmen, Beispiele aus der Praxis und Know-how

Die Veranstaltung beleuchtete das Thema Lärminderung und Synergien von verschiedenen Seiten: Unter anderem wurde den Teilnehmern der rechtliche Rahmen der EU-Umgebungslärmrichtlinie und die damit einhergehende Umsetzung von Maßnahmen aus den Lärmaktionsplänen dargestellt. Außerdem stellten die Referenten erfolgreich umgesetzte kommunale Beispiele dar, zum Beispiel die integrierte Planung zur Verkehrsentwicklung, Luftreinhaltung und Lärminderung der Stadt Eberswalde sowie bemerkenswerte städtebauliche Lösungen lokaler Lärmbelastungen aus Ludwigsburg und Freiburg im Breisgau. Das Thema Finanzierung wurde unter anderem in einem Vortrag zur Förderung von Mobilitätsprojekten im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative angesprochen.

### Ein Thema zum Diskutieren

Das Thema Lärmschutz ist in vielen Kommunalverwaltungen auf der Tagesordnung und gewinnt immer mehr an Bedeutung. Der Diskussionsbedarf nach den jeweiligen Vorträgen zeigte, dass noch viele Fragen offen sind. Dabei war die Diskussion selten kontrovers, denn oftmals gingen die Probleme, Beschwerden und Schwierigkeiten in dieselbe Richtung, zum Beispiel bei der häufig schwierigen Zusammenarbeit in Sachen Schienenverkehr. Auch die oft gegenläufigen Interessen der unteren und oberen Straßenverkehrsbehörden kamen vermehrt zur Sprache.

Deutlich wurde in der Diskussion auch, dass Lärminderung durch zunehmende räumliche Verdichtung in Stadtquartieren ein immer größer werdendes Problem darstellt. Im Seminar wurde unter anderem die Starrheit von Lärmaktionsplänen kritisiert, denn bei der Umsetzung von Maßnahmen sollte flexibler reagiert werden können. Letztlich ist die Lärminderung eine kontinuierliche Aufgabe, weshalb unter anderem die Organisation in einem Lärminderungsmanagement als Querschnittsaufgabe diskutiert wurde. Für eine effiziente Koordination dieser Querschnittsaufgabe und eine bessere Integration in andere umweltbezogene Fachplanungen (Luftreinhaltung, Klimaschutz, Verkehr) wäre ein zentraler Kümmerer, ein kommunaler Umweltmanagementbeauftragter denkbar. Denn ein Fazit hatten fast alle Referenten: Bereits eine Kombination kleiner Maßnahmen kann eine deutlich spürbare Reduzierung der Dezibellbelastung erwirken.



### Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr.  
Kathrin Schormüller  
Telefon: 0221/340308-11  
E-Mail: schormueller@difu.de

Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt  
Telefon: 030/39001-252  
E-Mail: arndt@difu.de

Lärmausbreitung in Eberswalde,  
Marienwerder Straße  
Darstellung: Dr. Ditmar Hunger,  
2015

# Abschied und Neubeginn



Annegret Költzow  
Foto: David Ausserhofer



Nicole Langel  
Foto: Jennifer Rumbach



Magdalene Rakel  
Foto: David Ausserhofer



Dr. Henrik Scheller  
Foto: David Ausserhofer



Jessica Schneider  
Foto: David Ausserhofer



Rainer Stocker  
Foto: privat

**Annegret Költzow** ist seit dem 1. August 2015 als Assistentin im Team Institutsleitung tätig und betreut den Bereich des Kaufmännischen Geschäftsführers. Sie ist Bürokauffrau und war vor ihrer Tätigkeit am Difu viele Jahre in der Pharmabranche als Assistentin des Hauptabteilungsleiters der Pharmazeutischen Entwicklung beschäftigt.

**Nicole Langel** hat nach mehr als vierzehn Jahren das Difu aus familiären Gründen verlassen. Als Geographin befasste sie sich zunächst mit Themen der Stadt- und Regionalentwicklung. Seit 2010 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Umwelt tätig und beschäftigte sich mit zentralen Fragen des kommunalen Umweltschutzes, ein wesentlicher Fokus lag dabei bei den Themen Klimaanpassung und Lärminderung/Luftreinhaltung in der Stadt.

**Magdalene Rakel** ist seit Ende September als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales beschäftigt. Sie studierte in Wien, Aachen und Berlin zunächst Raumplanung und Raumordnung und dann Stadt- und Regionalplanung. Ihre Masterarbeit widmete sich der Bedeutung der Quartiersebene für die Integration von Geflüchteten. Neben diesem Thema arbeitet sie im Difu zu den Themen Flächensparen sowie Umweltrelevanz von kompakten Nutzungsgemischten Quartieren.

**Dr. Henrik Scheller** ist seit dem 1. Oktober 2015 als Teamleiter Finanzen im Bereich Infrastruktur und Finanzen tätig. Dort ist er vor allem für das KfW-Kommunalpanel verantwortlich, mit dem jedes Jahr der Investitionsbedarf der Städte und Gemeinden ermittelt wird. Außerdem wirkt er im Projekt „Nachhaltige Finanzplanung im Konzern Stadt am Beispiel der Stadt Köln“ mit. Scheller studierte Politikwissenschaft in Berlin. Vor seiner Tätigkeit am Difu hat er eine Professurvertretung an der Universität Potsdam wahrgenommen und bei der Bertelsmann Stiftung sowie dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut

(HWWI) als Projektleiter gearbeitet. Seine inhaltlichen Schwerpunkte lagen dabei stets auf finanz- und haushaltspolitischen Themen des föderalen Mehrebenensystems der Bundesrepublik – und hier vor allem bei Fragen der öffentlichen Haushaltskonsolidierung, Steuerzerlegung sowie der verschiedenen Finanzausgleichssysteme. Scheller ist Mitherausgeber des Jahrbuchs für öffentliche Finanzen.

**Jessica Schneider** unterstützt die AG Fachtagungen Jugendhilfe seit Juli 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Zu ihren Aufgaben gehören die inhaltliche Erschließung von Fachliteratur, die Erstellung von Tagungsreadern und die inhaltliche Vorbereitung von Veranstaltungen. Jessica Schneider studierte Angewandte Kindheitswissenschaften an der Hochschule Magdeburg-Stendal (B.A.) und schloss den Masterstudiengang „Public Health: Psychosoziale Prävention und Gesundheitsförderung“ an der Freien Universität Berlin ab (M.Sc.). Vor ihrer Tätigkeit im Difu forschte sie u.a. in Australien zur Mobilität von Kindern sowie zum Aufbau von Präventionsketten in Kommunen.

**Rainer Stocker** war als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen am Standort Berlin tätig. Dort arbeitete er insbesondere bei umfragebasierten Forschungsvorhaben mit, aktuell zum Beispiel bei dem Vorhaben „Koordinierte Unternehmensbefragung in den Städten“ oder beim Projekt Monitor Nachhaltige Kommune, im Auftrag und in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung. Zudem betreute er das Themenfeld „Kommunalstatistik“. Stocker hat das Institut Ende September dieses Jahres verlassen, um sich einer neuen beruflichen Herausforderung zu stellen.

**Ulrike Wolf** ist seit dem 1.9.2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin/Assistentin der Institutsleitung am Difu tätig. Wolf ist Diplomgeografin und studierte an der FU Berlin und an der WLU in Waterloo, Canada. Nach ihren Tätigkeiten als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) und an der Europa-Universität Viadrina war sie die letzten acht Jahre als Projekt- und Teamleiterin in der Wirtschaftsförderung des Landkreises Oberhavel tätig. Ulrike Wolf arbeitet im Schwerpunkt zu wirtschaftsbezogenen Themen der Stadt- und Regionalentwicklung.



Ulrike Wolf  
Foto: David Ausserhofer

# Auswahl neuer Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet

Online-Publikationen, Seminardokus, Vorträge

## Veröffentlichungen

### Difu-Berichte Heft 4/2015

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell>

### Nutzungsmischung und soziale Vielfalt im Stadtquartier

<http://bit.ly/1IF6Grq>

### Starkregen und Hitzewellen

<http://bit.ly/1MPP2oJ>

### Online-Wegweiser Flüchtlinge und Asylsuchende in Kommunen

<http://bit.ly/1lqZIRX>

### Flüchtlinge und Asylsuchende – Aktuelle kommunale Fachliteratur

<http://bit.ly/1lv1S7T>

### Ein Tag in deiner Stadt der Zukunft

<http://bit.ly/1RYuifW>

## Veranstaltungsdokumentation

### Der Weg zum Ziel – Strategieentwicklung in Kommunen

<http://bit.ly/1PvrXeM>

### Die europäische Mobilitätspolitik verstehen, von Förderprogrammen profitieren

<http://bit.ly/1OtoXN0>

### Neue Mobilitätskonzepte – Herausforderungen für Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger

<http://bit.ly/1RYuzzw>

### Nachhaltiges Flächenmanagement in der Stadtentwicklung

<http://bit.ly/1H43qeb>

### Erfahrungsaustausch Beteiligungskultur: Kommunale Beteiligungskultur – nicht ohne Leitlinien zur Bürgerbeteiligung?

<http://bit.ly/1YcN2vY>

### Spielen, Trinken, Feiern – Sichere Städte und städtische Vielfalt

<http://bit.ly/1RYuM5M>

### Bedeutung von Community Centern für die Stadtteilentwicklung

<http://bit.ly/1WVheyq>

### Umsetzung von Maßnahmen zur Lärminderung

<http://bit.ly/1YcNcmV>

### Von Kommunen für Kommunen: Das aktuelle europäische Beihilferecht in der Praxis

<http://bit.ly/1gZHQvV>

### Kommunale Liegenschaftspolitik

<http://bit.ly/1DK28Tw>

## Vorträge/Videos

### Wohnungsneubau im Akkord

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte  
Von Ricarda Pätzold, Stefan Schneider und  
Jörg Stolmann  
Vorträge, Bild- und Videomaterial  
<http://bit.ly/1IHainR>

### Berlin als Pendlerstadt – auf der Suche nach stadtverträglichen Lösungen

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte  
Von Martina Hertel und Oliver Schwedes  
Vorträge, Bild- und Videomaterial  
<http://bit.ly/1lqYo1k>

### Integration von Sozial- und Gesundheits- daten in die Lärmaktionsplanung

Von Kathrin Schormüller  
<http://bit.ly/1N6ffmg>

### Wohneigentumsbildung von Zuwanderern – Chance für Stadtentwicklung und Integration

Von Bettina Reimann  
<http://bit.ly/1MwKh17>

### Kommunaler Klimaschutz

Von Cornelia Rösler  
<http://bit.ly/1PK3D7j>

### Überlegungen zur Weiterentwicklung der bodenrechtlichen Ansätze zur Mobilisie- rung von Innenentwicklungspotenzialen

Von Arno Bunzel  
<http://bit.ly/1MhiWID>

### Kriminalprävention im Wohnumfeld: die kommunale Perspektive

Von Jan Abt  
<http://bit.ly/1PK3yke>



## Infos im Difu-Extranet

Im Difu-Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, Veröffentlichungen, Videodokus und viele weitere kommunalbezogene Infos zu finden. Über die Difu-Homepage gelangen Zuwender an diese exklusiven Informationen über die Rubrik „Extranet“.

Ausschließlich Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten bzw. -Verbänden haben Zugang zum Difu-Extranet: [www.difu.de/extranet/](http://www.difu.de/extranet/)

Übersicht der Difu-Zuwender:  
[www.difu.de/institut/zuwender](http://www.difu.de/institut/zuwender)

## Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.  
Telefon: 030/39001-274  
E-Mail: [plagemann@difu.de](mailto:plagemann@difu.de)



## Das Difu auf Facebook

Die Neuigkeiten aus dem Difu gibt es auch auf Facebook. Die Seite ist öffentlich zugänglich, auch ohne eigenen Facebook-Account.  
<https://www.facebook.com/difu.de>

## Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem  
Telefon: 030/39001-209  
E-Mail: [wenke-thiem@difu.de](mailto:wenke-thiem@difu.de)



Foto: Doris Reichel

## Difu aktiv-Ticker – Auswahl

**Christa Böhme** moderierte am 18.9. in Leipzig im Rahmen des 9. Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklungspolitik „Städtische Energien – Integration leben“ den Workshop „Integrierte Handlungskonzepte: Stadtentwicklung und Gesundheit für eine lebenswerte Kommune“, der vom Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit veranstaltet wurde.

**Tilman Bracher** stellte am 24. und 25.9. bei der Sitzung der DST-Fachkommission Verkehrsplanung in Weimar die Ergebnisse der Difu-Kommunalumfrage Elektromobilität vor.

**Prof. Dr. Arno Bunzel** referierte am 1.9. bei der AG Aktive Liegenschaftspolitik im Rahmen des Bündnisses für bezahlbares Bauen und Wohnen zum Thema „Überlegungen zur Weiterentwicklung der bodenrechtlichen Ansätze zur Mobilisierung von Innenentwicklungspotenzialen“. Am 7.9. gab er als ständiger Gast des vom DStGB veranstalteten Erfahrungsaustausches Baurecht einen Überblick über die aktuelle Novellierung des Baurechts und informierte zudem über aktuelle Forschungsprojekte des Difu.

**Dr. Holger Floeting** beteiligte sich am 29.10. auf dem 10. DEMO-Kommunalkongress an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Sichere Kommune – Präventiv gegen Kriminalität“.

**Dr. Busso Grabow** hielt am 28.9. in Berlin auf dem 3. WELT-Infrastrukturgipfel „Wer investiert in die Verkehrswege unserer Städte?“ das Impulsreferat „Wenn sie könnten wie sie wollten ...‘ – Das Dilemma der kommunalen Verkehrswegefinanzierung“.

Beim Dialogforum Bernburg „Willkommen in der Region?! – Perspektiven einer Willkommenskultur im Salzlandkreis“, das vom Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) in Kooperation mit dem Salzlandkreis durchgeführt wird, hielt **Gudrun Kirchhoff** am 25.9. den Vortrag „Integrationspotenziale ländlicher Regionen“.

**Dr. Jens Libbe** moderierte am 14.9. auf der 12. FONA-Konferenz des BMBF die Session „Nachhaltige Quartiersentwicklung und Transformationsmanagement in der Zukunftstadt“. Am 15.9. präsentierte er auf der Statuskonferenz „Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems“ des BMBF die Zwischenergebnisse des Projekts „TransStadt“ und hielt am 23.10. auf dem Fachtag des Studiengangs Management

Sozialer Innovationen der Hochschule für angewandte Wissenschaften München einen Vortrag zum Thema „Smart City – Für und Wider einer urbanen Zukunftsperspektive“.

**Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden** hielt am 4.9. auf dem Demographie-Kongress 2015 in Berlin den Vortrag „Anpassung der Infrastruktur – Gas, Wasser, Elektrizität“ und trug am 21.9. in Berlin vor der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema „Morgen gut leben – vielfältig und gerecht“ vor. Anlässlich der Internationalen kommunalen Klimakonferenz (International Conference on Climate Action, ICCA), die vom 1. bis 2.10. in Hannover stattfand und vom BMUB, vom Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz sowie vom Difu ausgerichtet wurde, sprach Martin zur Nedden zum Auftakt des „High Level Panels“ über die Bedeutung der Kommunen für den Klimaschutz im Rahmen der Weltklimaverhandlungen.

Am 7.10. referierte **Dr. Bettina Reimann** im Rahmen der FachwerkTriennale 2015 in Melsungen zu „Wohneigentumsbildung von Zuwanderern – Chancen für die Stadtentwicklung und Integration“.

**Cornelia Rösler** hielt am 23.9. in Berlin auf der zweiten Sitzung „Aktionsbündnis Klimaschutz der Bundesregierung“ einen Vortrag zum Stand und zu den Aktivitäten des Klimaschutzes in den Kommunen.

**Stefan Schneider** referierte am 16.10. bei der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Großstadtkämmereileiter/innen im DST über „Nachhaltige Finanzplanung und leistungsfähige Infrastruktur im Konzern Stadt – Überlegungen am Beispiel der Stadt Köln“.

Am 24.9. referierte **Kathrin Schormüller** in Essen bei einem Seminar des Umweltministeriums NRW zur „Umgebungsärmrichtlinie“ über die „Integration von Sozial- und Gesundheitsdaten in die Lärmaktionsplanung“.

**Jan Hendrik Trapp** trug am 16.9. bei der „Mettmanner Energiekonferenz“ zum Thema „Kommunalpolitisches Handeln in der digitalen Stadt“ vor. Am 2.11. referierte er beim Internationalen Symposium RE-WATER in Braunschweig, organisiert von BS Energy Group, der TU Braunschweig/ISWW, zu „Innovative de- and semi-centralized water infrastructures – opportunities for water supply and wastewater companies“.

# Mediennachlese – Auswahl

...] „Wir weisen im Difu seit langem auf die Vernachlässigung öffentlicher Infrastruktur, insbesondere kommunaler Verkehrswege, hin. Deswegen geht die Unterstützung des Bundes in die richtige Richtung. Kommunen erhalten wieder größere Planungssicherheit. Mit Blick auf den Investitionsstau von 35 Milliarden Euro allein im Bereich der kommunalen Straßen sind die Bundesmittel aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir sollten uns daher mehr über Zukunftskonzepte unterhalten als immer nur über die Größe der Milliardenlücke im Investitionsbudget. Ein Umdenken bei Mobilität und Verkehr ist notwendig: Verkehrsreduzierende Stadt- und Regionalstrukturen, integrierte, multimodale Verkehrsverbünde, Carsharing und vieles andere mehr machen die Städte zukunftsfähig. Bund und Länder müssen dafür geeignete Rahmenbedingungen schaffen.“ Dr. Busso Grabow, Geschäftsführer Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) [...] **Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Verlagsspecial Infrastruktur, 8.11.2015**

Laut Deutschem Institut für Urbanistik wurde der Begriff Gentrifizierung in den 60er-Jahren von der britischen Soziologin Ruth Glass geprägt, die Veränderungen im Londoner Stadtteil Islington untersuchte. Abgeleitet vom englischen Ausdruck „gentry“, das bedeutet niedere Adel, wird er seither zur Charakterisierung von Veränderungsprozessen in Stadtvierteln verwendet und beschreibt den Wechsel von einer statusniedrigeren zu einer statushöheren (finanzkräftigeren) Bewohnerschaft, der oft mit einer baulichen Aufwertung und steigenden Mietpreisen einhergeht. In Deutschland ist eine solche Entwicklung vor allem in Berlin sichtbar, wo nach der langen Teilung der Stadt zahlreiche Stadtviertel erst allmählich Zuzug erfuhren und aufgewertet wurden. Die Miet- und Immobilienpreise ziehen hier seit Jahren an. **Rhein-Zeitung, 31.10.2015**

Wohnungsknappheit und verstopfte Straßen: Warum ziehen immer mehr Menschen in die Großstadt? Live-Sendung mit Prof. Harald Herrmann, BBSR, Ricarda Pätzold, Difu, Burkhard Jung, Leipzig, Prof. Martin Haag, Freiburg im Breisgau. **Deutschlandfunk, „Länderzeit“, 28.10.2015, 10.10-11.10 Uhr** zum Nachhören unter <http://bit.ly/1HGCGKc>

In Großstädten herrscht ein enormer ökonomischer Druck auf jede freie Fläche. Anders dagegen auf dem Land. [...] Obwohl dies auch in vielen Gemeinden und Dörfern kri-

tisch gesehen wird, weisen die Verwaltungen immer neue Baugebiete aus – sagt Thomas Preuss, der am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin Konzepte zum Flächensparen erarbeitet. „Die Kommunen konkurrieren um Einwohner und auch um Gewerbebetriebe, sie wollen die Ansiedlung von neuen Familien und Unternehmen erreichen, indem sie Flächen neu ausweisen. [...] Tatsächlich aber machen die Kommunen ihre Lage damit nur noch schlimmer, glaubt Thomas Preuss, denn neues Bauland zu erschließen kostet viel Geld: „Es ist ganz klar auch ein ökonomisches Problem. Immer wenn wir an den Rändern der Städte neue Infrastruktur schaffen, brauchen wir technische Infrastruktur, für Wasser, für Abwasser, für die Elektroanbindung. Und wir brauchen auch neue soziale Infrastruktur. Wir müssen Schulplätze schaffen, Kindergartenplätze.“ [...] **Deutschlandfunk, 24.10.2015**

Das stark gestiegene Verkehrsaufkommen und vor allem die Zunahme des Lkw-Verkehrs zehrt an der Substanz vieler Brücken. [...] Im Netz der Autobahnen und Bundesstraßen gibt es laut Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur etwa 39000 Brücken. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat ermittelt, dass darüber hinaus mehr als 60 000 Brücken in kommunaler Verantwortung liegen. Ein großer Teil dieser Brücken wurde vor mehr als 40 Jahren gebaut – zu diesem Zeitpunkt hatte man die damaligen Verkehrsprognosen vor Augen. Die „Beförderungsleistungen im Straßengüterverkehr“ weisen jedoch dramatische Steigerungsraten auf: Setzt man das Jahr 1980 als 100 Prozent an, so wurden diese Beförderungsleistungen bis ins Jahr 2010 hinein nahezu verfünffacht. [...] **der gemeinderat, 1.10.2015**

Großwohnsiedlungen sind die ungeliebten Erbschaften der Moderne [...] Tatsächlich können deutsche Städte und Kommunen die vier Millionen Wohnungen in Großwohnsiedlungen [...] unmöglich aufgeben, da diese „allein schon aufgrund ihrer schieren Dimension für die soziale Wohnraumversorgung auf lange Sicht unverzichtbar sind“, wie es die Autoren der Studie „Weiterentwicklung großer Wohnsiedlungen“ ohne großen Interpretationsspielraum formulieren. Erstellt wurde die Studie durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HBD), des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden (BBS), des Bundesver-



## Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

Diese Sonderausgabe beinhaltet einen Extrateil „Flüchtlinge und Asylsuchende in Kommunen“ mit 18 zusätzlichen Beiträgen.

## Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik  
Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

## Redaktion

Yannick Ecker (stud. Mitarbeiter),  
Luisa Müller (Praktikantin),  
Cornelia Schmidt (Red.-Assist.),  
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

## Layout + DTP

Elke Postler

## Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275  
E-Mail: [vertrieb@difu.de](mailto:vertrieb@difu.de)  
Telefon: 030/39001-253

## Redaktionskontakt und Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle  
Telefon: 030/39001-208/-209  
Telefax: 030/39001-130  
E-Mail: [presse@difu.de](mailto:presse@difu.de)

## Difu online:

<http://www.difu.de>  
<https://www.facebook.com/difu.de>

## Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 41/vierteljährlich  
Stand: 2. Dezember 2015

## ISSN

ISSN 1439-6343

## Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des wenigen verfügbaren Platzes verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

## Druck

Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

## Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle. Belegexemplar/-Link/-PDF an die Difu-Pressestelle erbeten: [presse@difu.de](mailto:presse@difu.de) oder per Post, s.o.

bandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) sowie des Kompetenzzentrums Großsiedlungen. [...]

**Immobilien Zeitung, 1.10.2015**

Beim Thema Leerstand gibt es viele Emotionen, aber wenige Informationen. Zwei Plattformen wollen das ändern. [...] In Deutschland gibt es kein einheitliches Register, schon gar kein öffentliches. Das Thema Leerstand bleibt undurchsichtig. Dabei betont selbst eine Studie im Auftrag des BBSR: Es braucht eine kontinuierliche, flächendeckende Beobachtung. In einer Art bürgerlicher Selbstermächtigung werden die Leerstandsmelder-Portale da aktiv, wo die Politik eine Lücke lässt. „Sie sind Facetten einer neuen Tendenz in der Stadtentwicklung“, sagt Martin zur Nedden, Direktor des Deutschen Instituts für Urbanistik. „Dieser informelle Urbanismus ist ein Ausdruck dafür, dass Bürger in ihrem Umfeld Handlungsbedarf sehen und nicht mehr nur zuschauen wollen.“ [...] **brand eins, 9/2015**

Busso Grabow will nicht immer nur über Geld reden. Der wohl profilierteste Kenner der kommunalen Verkehrsmisere hat keine Lust mehr auf die ewigen Milliarden-Forderungen [...]. „Wir sollten uns mehr über Ideen und Konzepte unterhalten, als über die Größe der Milliardenlücke im Verkehrsbudget“, sagte der Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik auf dem 3. Infrastrukturgipfel der „Welt“ in Berlin: „Es hilft nicht, immer Mehr vom Gleichen zu fordern“, sagt Grabow: „Es sollte darum gehen, wie wir in Zukunft anders bauen können.“ [...] „Smart Investments“ fordert Grabow: Kommunen sollten Car-Sharing unterstützen, U- und S-Bahnhöfe barrierefrei machen und Abstellplätze für Pedelecs machen. [...] Grabows Ideen fanden beim „Welt“-Infrastrukturgipfel die Zustimmung der Haushaltspolitiker der Regierungsparteien. [...] **Die Welt, 29.9.2015**

Quer durch Deutschland verfallen Schulen, werden gerade so weit instand gesetzt, dass sie noch den Brandschutzbestimmungen entsprechen. [...] Formaljuristisch hat das natürlich alles seine Ordnung: Die Städte und Gemeinden sind tatsächlich allein verantwortlich für die Finanzierung der Schulgebäude und des laufenden Betriebs – Heizung und Wasser, Möbel, Papier, Instandsetzung aller Art. Aber das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) vergangenes Jahr im Auftrag der KfW Bank die Kämmerer der Städte und Gemeinden in Deutschland fragte, ob sie ausreichend Geld hätten, ihre Schulen instand zu halten, war die Antwort ein schallendes Nein. Stattdessen zeigt die Studie, wie mas-

siv das Finanzloch in den Kommunen mittlerweile ist. Auf 32 Milliarden Euro schätzt das Difu den Investitionsstau an den Schulen. [...] **DIE ZEIT, 17.9.2015**

30 Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, darunter aus Lüneburg, haben sich umfassend mit Fragen der sozial gerechten und ökologisch verträglichen Versorgung mit Wohnraum befasst. Grundlage hierfür lieferte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit seiner aktuellen Studie „Städte auf Kurs Nachhaltigkeit“, die sich auch mit den Themen nachhaltige kommunale Finanzen und nachhaltige Mobilität befasst. Die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister nehmen am Dialog „Nachhaltige Stadt“ des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) teil. Die Studie bildet den Stand der wissenschaftlichen Diskussion ab und nimmt Bezug auf aktuelle Positionspapiere der Kommunen sowie auf Interviews, die das Difu mit den Oberbürgermeistern führte. Darin beschreiben die Wissenschaftler die Herausforderungen und mögliche Lösungswege. [...] **landeszeitung.de, 17.9.2015**

„[...] Smart City – das sind bezogen auf Deutschland nicht primär Planstadtdentwürfe auf der grünen Wiese oder auf Konversionsflächen. Das bedeutet ebenso den Umbau unserer baulich-räumlichen und infrastrukturellen Strukturen in Richtung auf maximale Energie- und Ressourceneffizienz inklusive der Berücksichtigung sozialer Belange der Bürger. Wissenschaft, Forschung und Industrie müssen sich mit ihren Projekten daher unmittelbar an den Belangen der Kommunen orientieren. Umgekehrt sollten sich kommunale Entscheidungsträger verstärkt in förderpolitische Maßnahmen einbringen. Ein gutes Beispiel ist die vom Deutschen Institut für Urbanistik koordinierte Nationale Plattform Zukunftsstadt. [...]“ **der gemeinderat, 9/15**

[...] Obwohl der demographische Wandel die Bevölkerung seit 2003 insgesamt schrumpfen lässt, verzeichnen die meisten Metropolen einen deutlichen Einwohnerzuwachs. „Der Trend zurück in die Stadt ist da“, sagt Martin zur Nedden, Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik. Dabei seien es keineswegs nur Ältere, die eine gute medizinische Versorgung suchen, oder Zuwanderer die den Jobchancen folgen, so der Professor. Gerade auch junge Eltern, die typischen Stadtlüchtigen, verschmähen die Vorstadtdylle immer öfter, weil sich die doppelte Berufstätigkeit mit kurzen Wegen zur Kita, zur Schule, zum Schwimm- und Musikunterricht leichter bewerkstelligen lässt. [...] **Werte-Magazin, 9/2015**

**Rechnungsadresse:**

**Versandkostenpauschale:** innerhalb Deutschlands bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

**Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

**Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf** (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

## Difu-Impulse

**NEU** **Expl. Umweltverträglicher Wirtschaftsverkehr in Städten. Wer und was bringt's wirklich?**  
Dokumentation der Fachtagung „kommunal mobil“  
Wulf-Holger Arndt (Hrsg.)  
Ca. 180 S., Schutzgebühr ca. 18,- Euro  
ISBN 978-3-88118-548-6, in Vorbereitung

**NEU** **Expl. Elektromobilität: im Spannungsfeld technologischer Innovation, kommunaler Planung und gesellschaftlicher Akzeptanz**  
Nadine Appelhans, Jürgen Gies, Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.)  
Ca. 150 S., Schutzgebühr ca. 20,- Euro  
ISBN 978-3-88118-544-8, in Vorbereitung

**NEU** **Expl. Nutzung von oberflächennaher Geothermie im urbanen Raum**  
Maic Verbücheln (Hrsg.)  
Bd. 5/2015. 98 S., Schutzgebühr 15,- Euro  
ISBN 978-3-88118-547-9

**NEU** **Expl. Mehr Wirkungsorientierung in Kommunen**  
Bedingungen für eine veränderte politisch-administrative Steuerung  
Von Stefan Schneider  
Bd. 4/2015. 200 S., Schutzgebühr 23,- Euro  
ISBN 978-3-88118-545-5

**NEU** **Expl. Funktion und Gestaltung von Haupt(verkehrs-)straßen mit Schwerpunkt Innenstadt**  
Von Wulf-Holger Arndt  
Bd. 3/2015. 98 S., Schutzgebühr 15,- Euro  
ISBN 978-3-88118-546-2

**Expl. Kommunen für Energieeffizienz**  
Dokumentation des 19. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten am 7./8. April 2014 in München  
Cornelia Rösler (Hrsg.)  
Bd. 2/2015. 214 S., Schutzgebühr 23,- Euro  
ISBN 978-3-88118-543-1

**Expl. Kommunale Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften**  
Deutscher Städtetag (DST) und Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (Hrsg.)  
Bd. 1/2015. 68 S., zahlreiche Fotos,  
Schutzgebühr 15,- Euro, ISBN 978-3-88118-538-7

**Expl. Kommunale Straßenbrücken – Zustand und Erneuerungsbedarf**  
Von Wulf-Holger Arndt u.a.  
Bd. 6/2013. 140 S., Schutzgebühr 18,- Euro  
ISBN 978-3-88118-514-1

## Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

**NEU** **Expl. Wissen, was wirkt!**  
Wirkungsforschung und Evaluation in den Hilfen zur Erziehung – Praxiserfahrungen und Impulse  
AGFJ im Difu (Hrsg.)  
2015. Bd. 100. 166 S., 19,- Euro, ISBN 978-3-88118-556-1

**Expl. Angekommen in Deutschland. Und nun?**  
Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe, Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)  
2015. Bd. 99. 290 S., 19,- Euro, ISBN 978-3-88118-555-4

## Difu-Papers (für Difu-Zuwender auch als PDF)

**NEU** **Expl. Kommunale Wohnraumförderung in Deutschland – eine Momentaufnahme**  
Von F. Frölich von Bodelschwingh und R. Pätzold  
2015. Ca. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro (in Vorbereitung)

**Kommunale Lärmaktionsplanung**  
Von der Planung zur Aktion  
Von Kathrin Schormüller und Nicole Langel  
2015. 24 Seiten (nur online), kostenlos  
Download: <http://bit.ly/1ML1ibX>

**Expl. „Ich bleibe hier“: Daten und Fakten zur Wohneigentumsbildung von Zuwanderern**  
Von Bettina Reimann, Beate Hollbach-Grömig und Detlef Landua  
2015. 32 S., Schutzgebühr 5,- Euro

## Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

**Expl. Sicherheit in der Stadt**  
Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen  
Holger Floeting (Hrsg.)  
2015. Bd. 14. 392 S., zahlreiche Abbildungen,  
39,- Euro, ISBN 978-3-88118-534-9

**Expl. Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden**  
Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J. Beckmann (im Auftrag der Wüstenrot Stiftung)  
2014. Bd. 13. 212 S., 29,- Euro  
ISBN 978-3-88118-529-5

**Expl. Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch**  
Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.  
Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013  
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt  
2013. Bd. 12. 466 S., 39,- Euro  
ISBN 978-3-88118-508-0

**Rechnungsadresse:**

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

**Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

**Versandkostenpauschale:** innerhalb Deutschlands bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei. **Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf** (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).**\_\_ Expl. Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?**

Neue Mobilitätskonzepte  
Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.)  
2013. Bd. 11. 320 S., zahlreiche Abbildungen,  
39,- Euro, ISBN 978-3-88118-521-9

NEU

PDF

**Zeitschriften****\_\_ Expl. Stadt und Jugendkulturen**

NEU

Informationen zur modernen Stadtgeschichte  
IMS, Halbjahresschrift, Heft 2/2015  
176 S., Einzelheft 12,- Euro,  
Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro

**\_\_ Expl. Stadt und Infrastruktur**

Informationen zur modernen Stadtgeschichte  
IMS, Halbjahresschrift, Heft 1/2015  
192 S., Einzelheft 12,- Euro,  
Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro

PDF

PDF

**Difu-Arbeitshilfen****\_\_ Expl. Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune**

4., völlig neu bearbeitete Auflage  
Von Martin Zilkens  
2014. 208 S., inklusive Checklisten und Muster, 30,- Euro  
ISBN 978-3-88118-536-3

PDF

**\_\_ Expl. Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch**

3. Auflage unter Berücksichtigung des  
Innenentwicklungsgesetzes 2013  
A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl  
2013. 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29,- Euro  
ISBN 978-3-88118-526-4

**\_\_ Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007**

Muster, Tipps und Hinweise  
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß  
2011. 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35,- Euro  
ISBN 978-3-88118-498-4

**\_\_ Expl. Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch**

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz  
2010. 188 S., 30,- Euro, ISBN 978-3-88118-486-1

**Sonderveröffentlichungen** (teilweise auch/nur als Download)

NEU

PDF

**Nutzungsmischung und soziale Vielfalt im Stadtquartier – Bestandsaufnahme, Beispiele, Steuerungsbedarf**

Von Martin zur Nedden, Arno Bunzel, Ricarda Pätzold,  
Wolf-Christian Strauss  
2015. 138 S., Download: <http://bit.ly/1Otmh1S>

**„Ein Tag in deiner Stadt der Zukunft“**

Ergebnisse aus der Difu-Umfrage im Rahmen der  
Ausstellung „Zukunftsstadt“ im Wissenschaftsjahr 2015  
Von Jan Walter, Lara Falkenberg, Marco Peters  
2015. 18 S., Download: <http://bit.ly/1RYuifW>

**Planspiel „Lärmaktionsplanung“ im Rahmen des Masterplans Umwelt und Gesundheit NRW**

Abschlussbericht  
Von Thomas Preuß, Kathrin Schormüller, Antje Janßen  
2015. 86 S., Download: <http://bit.ly/1DK1ntv>

**KommAKlima – Hinweise 4 und 7**

Kommunale Strukturen, Prozesse und Instrumente zur  
Anpassung an den Klimawandel in den Bereichen Planen,  
Umwelt und Gesundheit  
Von Vera Völker, Anna-Kristin Jolk, Nicole Langel,  
Luise Willen, Difu (Hrsg.), BMUB (Auftraggeber)  
2015. 65 S./11 S., Downloads: <http://bit.ly/1gw1rCC>  
(Hinweise 4), <http://bit.ly/1J5Pa32> (Hinweise 7)

**Transnationale Perspektiven für den Mittelstand**

Wie Interreg B kleine und mittlere Unternehmen  
unterstützt  
Von Beate Hollbach-Grömig, Holger Floeting und  
Daniel Zwicker-Schwarm, BBSR (Hrsg.)  
2015. 36 S., vierfarbig  
Bestellung der Printfassung: [Beatrix.Thul@bbr.bund.de](mailto:Beatrix.Thul@bbr.bund.de),  
Stichwort „KMU“, Download: <http://bit.ly/1Fhnta0>

**\_\_ Expl. Elektromobilität in Kommunen – ein Stimmungsbild**

Ergebnisse der Difu-Städtebefragung 2014  
Von Anne Klein-Hitpaß und Ricarda Pätzold, Bundes-  
ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.)  
2015. 60 S., zahlreiche Fotos, kostenlos,  
Download unter: <http://bit.ly/1TqaenS>

PDF

**\_\_ Expl. Push & Pull**

16 gute Gründe für Parkraummanagement  
Martina Hertel, Jörg Thiemann-Linden u.a. (Bearb.),  
Push&Pull Consortium (Hrsg.)  
2015. 20 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos  
Download: <http://bit.ly/1F9SJyT>

PDF

**\_\_ Expl. Kleine Kommunen – Groß im Klimaschutz**

Die Förderung kleiner und mittlerer Kommunen im  
Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative  
L. Krampe u.a. (Bearb.), SK:KK (Hrsg.)  
2015. 52 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos, kostenlos  
Download: <http://bit.ly/1crMSxV>

PDF

**\_\_ Expl. Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Bausteine, Merkposten und Prüffragen**

Von S. Bock, B. Reimann und K. J. Beckmann  
2013. 100 S., 14,- Euro, ISBN 978-3-88118-524-0